

The background of the image shows a room with purple walls. The walls are covered with numerous framed artworks, including portraits and abstract pieces. In the foreground, there are rows of white and black plastic chairs, suggesting a workshop or lecture setting.

PARADIGMA Blickwechsel

Workshop zum Thema
**ALLE REDEN ÜBER KOHLE –
Soforthilfe, Strukturfonds, Kulturförderung, ...**

Ein Fachworkshop im Rahmen der Ausstellung
PARADIGMA Blickwechsel
in der Halle C01
des Tapetenwerks Leipzig
am 01. Juli 2021

PARADIGMA Blickwechsel
Ausstellung - ~~Kunstpreis~~ - Fachworkshop
Workshop zum Thema
ALLE REDEN ÜBER KOHLE –
Soforthilfe, Strukturfonds, Kulturförderung, ...

*Ein Fachworkshop im Rahmen der Ausstellung PARADIGMA Blickwechsel 6.0 – LANDSCHAF(F)T
in der Halle C01
des Tapetenwerks Leipzig
am 01. Juli 2021
in Kooperation mit dem WAL-Begleitforschungsprojekt
WOHNEN UND ARBEITEN IM LÄNDLICHEN RAUM
„Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/
Chance für und mit der Kreativwirtschaft“*

mit ca. dreißig TeilnehmerInnen, u.a.

Ingo Andernach, Architekt und Projektgutachter „Energetisches Bauen“, Berlin
Georg Blüthner, Architekt und Projektgutachter „Baudetail“, Leipzig
Brigitte Brück, Abteilungsleiterin Messe, Logistik und Gesundheit, Amt für Wirtschaftsförderung, Stadt Leipzig
Samo Darian, TRAF0 Programmleiter und Geschäftsführer, Berlin/Leipzig
Reinhard Eberl-Pacan, Architekt und Projektgutachter „Brandschutz“
Esther Gerstenberg, Architektin, auf weiter flur e.V., „Altes Lehngericht“, Augustusburg
Roman Grabolle, Dienstleistungskombinat MIR, Leipzig
Michael Köppl, Rechtsanwalt und Projektgutachter „Finanzierung/Förderung“, Freital
Michael Kühn, Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide, „Kulturbahnhof“, Bad Dübener Heide
Kathleen Kunz, Bauamtsleiterin Stadt Colditz, „Alte Brauerei“, Colditz
Ulrich Menke, Abteilungsleiter Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung, SMR Dresden
Gordian Meyer-Plath, Referatsleiter Strukturwandel und Industriekultur, Europa und Internationales, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, SMWK Dresden
Lucian Patermann, Künstler, Leipzig
Dr. phil. Torsten Reinsch, Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide, „Kulturbahnhof“, Bad Dübener Heide
Kay Schmölter, Regionalmanagement LEADER Region Leipziger Muldenland, Leipzig
Alireza Rismanchian, Freier Architekt, Geschäftsführung „Bahnhof Leisnig“
Gesine Sommer, Leiterin Stabsstelle des Landrates Wirtschaftsförderung/Kreisentwicklung, Landkreis Leipzig
Peter Sterzing, Rechtsanwalt, Projektgutachter „Recht“, Leipzig
Janis Vetter, Sachbearbeiter Planung, Stiftung „Fürst-Pückler-Park Bad Muskau, „Alte Brauerei“, Bad Muskau
Uwe Weigelt, Bürgermeister Gemeinde Lossatal

Markus Franke, Abteilungsleiter Kunst, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, SMWK Dresden (ztw.)

Moderation: Dr. Andreas Bischof, Kulturwissenschaftler, Kulturosoziologie Technische Universität Chemnitz

Danksagung: Wir danken allen Unterstützerinnen und Unterstützern, welche Ausstellung, Workshop und Publikation möglich gemacht haben, insbesondere den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops, welche ihr Fachwissen aktiv eingebracht und auch die Publikationsarbeit in bemerkenswerter Weise unterstützt haben!
Die Initiatorinnen und Organisatorinnen Peggy Staffa, Elke Pietsch und Jana Reichenbach-Behnisch im Namen des gesamten Teams

PARADIGMA Blickwechsel steht seit 2015 unter der Schirmherrschaft der sächsischen KulturministerInnen.

Impressum

Titel:

PARADIGMA Blickwechsel – Ausstellung - ~~Kunstpreis~~ - Fachworkshop
Workshop zum Thema **Neue Arbeitswelten** ALLE REDEN ÜBER KOHLE – Soforthilfe, Strukturfonds, Kulturförderung ..., Ein Fachworkshop im Rahmen der Ausstellung PARADIGMA Blickwechsel in der Halle C01 des Tapetenwerks Leipzig am 01. Juli 2021 in Kooperation mit dem WAL-Begleitforschungsprojekt WOHNEN UND ARBEITEN IM LÄNDLICHEN RAUM – „Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/Chance für und mit der Kreativwirtschaft“

Publikation und Layout:

LEIHK Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH
Lützner Straße 91, 04177 Leipzig
www.leiik.de
info@leiik.de
0341 - 4928236

Druck:

sedruck Leipzig
Zschochersche Straße 87, 04229 Leipzig
0341 - 4253020

Foto-/Bildnachweis:

Wenn nicht anders angegeben: alle Fotos © Leandro Rodriguez/ 2021, Tapetenwerk, Halle C01, Ausstellung PARADIGMA Blickwechsel // leandro.edr@gmail.com
Seite 35: großes Foto oben von LEIHK gGmbH, kleine Fotos von Martin Heilmann außer kleines Foto rechts unten von Jürgen Matschie

Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen.

Copyright-Hinweis:

Alle Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung, die über die engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes hinausgeht, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verfassers unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Speicherung in elektronischen Systemen.

Publikation-Hinweis:

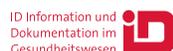
Diese Publikation wird als Download auf der Website www.leiik.de und www.kreative-produktionsstaedte.de zur Verfügung gestellt. Weitere Druckexemplare stehen begrenzt zur Verfügung und können bei der LEIHK gGmbH Leipzig angefragt werden.

Leipzig, Dezember 2021

Veranstalter und Projektpartner:

Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH mit der Stadt Muskau und dem Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung.

Ausstellung und Fachworkshop mit freundlicher Unterstützung von:



Inhaltsüberblick		Seite
Präambel und Konzept	Jana Reichenbach-Behnisch	3
Begrüßung und Einführung	Ulrich Menke	4
	Jana Reichenbach-Behnisch	5
Vorträge	(Industrie-)Kultur im Strukturwandel; Aktuelle Entwicklungen in der Umsetzung des Investitionsgesetz Kohleregion (InvKG)	
	Gordian Meyer-Plath	7
	Kohle-Strukturfonds Mitteldeutschland Wann geht wieviel an wen – und wofür ...?	
	Michael Köppl	11
	TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel Eine Initiative der Kulturstiftung des Bundes im ländlichen Raum	
	Samo Darian	13
Gesprächsrunde	zum Workshopthema mit Ulrich Menke, Gordian Meyer-Plath, Michael Köppl Samo Darian und Moderator Dr. Andreas Bischof	19
Arbeitsgruppen	Thema: KOHLE	28
	Thema: KREATIVES (AUS)BAUEN	29
Grußwort zur Vernissage	Markus Franke	31
	PARADIGMA Blickwechsel Bildergalerien: Vernissage	33-34
	Kunstpreisträger 2019 Jochen Plogsties live in Aktion und Finissage	35
Projektvorstellung	Übersicht und Kurzvorstellung zum aktuellen Stand aller teilnehmenden WAL-Projekte	36-39

Lesehinweis:

Die Redebeiträge in der o. g. Veranstaltung wurden in Vorbereitung der Publikation aufgezeichnet. Vor dem Druck wurden die Texte den Urhebern vorab zur Freigabe bzw. Ergänzung zugesendet. Nicht freigegebene Texte wurden nicht veröffentlicht.



PARADIGMA Blickwechsel

Seit 2015 hat sich die Projektreihe PARADIGMA Blickwechsel als übergreifende Präsentations-, Diskussions- und Publikationsplattform zu den Themen der neuen Arbeitswelten erfolgreich etabliert. Das Projekt setzt sich traditionell aus drei Komponenten zusammen – Ausstellung, Kunstpreis, Fachworkshop – in der inspirierenden Verknüpfung von künstlerischem Engagement und fachlichem Diskurs und ist bewusst verortet im Stadtteil Plagwitz-Lindenau: Sowohl im Leipziger Westen als auch im Umland mit seinen Tagebaulandschaften entstand nach dem Mauerfall eine besondere Situation der TABULA RASA. Neben prosperierenden Industriestandorten der Gründerzeit wie Plagwitz-Lindenau verlieren auch sie nach und nach ihre ursprüngliche Bedeutung. Seit gut einer Dekade werden unterschiedliche Industrieräume nachhaltig entwickelt und neu besetzt. Aus alten Fabrikanlagen wie dem Tapetenwerk entwickeln sich Produktionsstätten mit professionellen Arbeits- und Kunsträumen für die Kreativwirtschaft. Hier trifft jeden Tag Manufaktur auf Digitalisierung, Idee auf Produkt, Original auf Kopie. Die Arbeitswelten ändern sich radikal – in der Stadt wie auf dem Land und nicht nur im Osten Deutschlands.



Ausstellung und (k)ein Kunstpreis

Fotografischen Arbeiten, welche traditionell den Schwerpunkt der Ausstellung bilden, werden zeitgenössischen Werke aus den Bereichen Malerei, Grafik und Skulptur gegenübergestellt. Dabei soll dieses Mal der Austausch zwischen Stadt und Land im Focus stehen: Leipziger KünstlerInnen, die sich mit der Landschaft als Genre und/oder der veränderten Arbeitswelt auf dem Lande beschäftigen, treten mit ihren Arbeiten in den Dialog mit Themen, Arbeitsweisen und Umsetzungen von KünstlerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt auf dem Land gefunden haben.

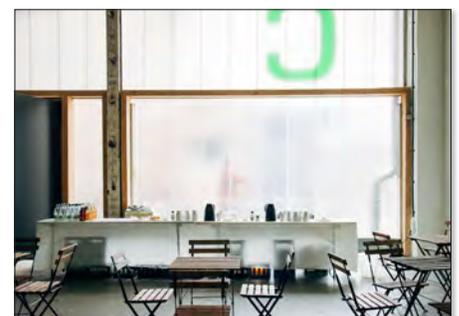
Die Ausschreibung des Kunstpreises erfolgt regional und beinhaltet die Einreichung eines Werkkonzepts, die Ausstellungsbeteiligung und die textliche und bildliche Erwähnung im Ausstellungskatalog. Bei Favorisierung durch eine Jury kann ein Kunstpreis vergeben werden.

Aufgrund der außergewöhnlichen Situation durch die COVID-19-Pandemie und der daraus resultierenden Finanzlage für das Projekt konnte zum großen Bedauern der Initiatorinnen und KuratorInnen in diesem Jahr kein Kunstpreis ausgeschrieben werden.

Fachworkshop

Neben einer thematischen Ausstellung und der jährlichen Auslobung eines Kunstpreises hat sich der Fachworkshop in der Projektreihe „PARADIGMA Blickwechsel“ als öffentliche Plattform für einen Diskurs zu aktuellen Themen wie den Neuen Arbeitswelten, den Produkten kreativer Arbeit in einer Wissensgesellschaft und an historischen Produktionsstätten, bewährt.

In jedem Jahr wird ein konkretes Diskussionsthema titelgebend zugeordnet: Das diesjährige Thema KOHLE zur finanziellen Unterstützung und Förderung aus Steuermitteln hat mit dem COVID-19-Lockdown eine neue Diskussionsebene erreicht, und das nicht nur für KünstlerInnen und andere KreativwirtschaftlerInnen oder für die ländlichen Regionen, welche wirtschaftlich vom Kohleausstieg betroffen sind.





Ministerialdirigent

Ulrich Menke

Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung

Herr Menke studierte von 1983 bis 1988 Rechtswissenschaften. Nach seinem Referendariat wurde er 1992 zum Regierungsrat z.A. im BMF ernannt. Seit 1993 war er zunächst als Referent im Sächsischen Staatsministerium des Innern tätig. Von 2000 bis 2007 war er Referatsleiter für Kommunalverfassungsrecht und kommunales Dienstrecht und in dieser Zeit auch Vorsitzender des Unterausschusses „Kommunalverfassungsrecht und kommunale Personalangelegenheiten“ des AK III der Innenministerkonferenz. Nach einer Verwendung in der Staatskanzlei übernahm er 2008 die Leitung der Zentralstelle des Innenministeriums. Von Juni 2011 bis Februar 2015 leitete er dort die Abteilung „Recht und Kommunales“, seitdem ist er, zwischenzeitlich unterbrochen von einer zweijährigen Abordnung an das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Leiter der Abteilung 5 „Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen“, zu der neben Fragen des Städtebaus und der Stadtentwicklung auch die Gebiete Wohnungswirtschaft, Denkmalschutz, Bauordnungsrecht sowie die Aufsicht über die Ingenieur- und die Architektenkammer zählen. Seit Dezember 2019 ist die Abteilung Teil des neu gegründeten Staatsministeriums für Regionalentwicklung.

Begrüßung Ulrich Menke

Liebe Frau Reichenbach-Behnisch, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin der Einladung heute sehr gerne gefolgt, denn ich bin nicht zum ersten Mal hier. Ich war schon vor vier Jahren, einmal zu Besuch im Tapetenwerk. Damals war die Bauabteilung noch im Sächsischen Innenministerium. Im Zuge der Regierungsneubildung ist der Bereich des Städtebaus, des Bauwesens aus dem Innenministerium in das neue Regionalentwicklungsministerium gegangen, das mit seinem Zuschnitt über viele Themen und Berührungspunkte verfügt: Richtung Strukturwandel, Richtung Zusammenhalt zwischen Stadt und Land, Richtung Entwicklung des ländlichen Raumes. Das sind Themenfelder, die sich gut mit dem Thema, das wir heute hier haben, verbinden. Ich bin aus vielerlei Gründen gerne gekommen. Zum einen haben wir seit 2013 zwei Projekte, an denen der Veranstalter mitgewirkt hat, unterstützt. Das waren die niedrigschwellige Instandsetzung brachliegender Industrieanlagen, und das ist nun das Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum. Natürlich sind wir interessiert und gespannt heute, was es an Erkenntnissen daraus gibt und wie wir darüber ins Gespräch kommen können.

Und es sind ja auch schon einige Stichworte gefallen. Strukturwandel, welche Gestaltungsmöglichkeiten haben wir? Ich glaube, da kann die heutige Veranstaltung uns allen Impulse geben. Die Diskussion der Entwicklung zwischen Stadt und Land wird ja in vielen Ländern mit einer gewissen verstärkten Intensität und Bedeutung geführt. Wir haben zuletzt jetzt die Coronakrise mit den Herausforderungen erlebt. Ich denke da an kleinere Städte, gerade im ländlichen Raum, wo es wenig Geschäfte, vielleicht auch nur wenig inhabergeführte Geschäfte gibt, diese werden natürlich von der Coronakrise deutlicher getroffen als jene mit den 1A-Lagen in den großen Städten.

Auf der anderen Seite ist es vielleicht für diese Standorte auch eine Chance: Früher war Homeoffice z. B. ein Ding der Unmöglichkeit. Das war nur etwas für ganz ausgefallene Berufszweige. Jetzt auf einmal geht das aber auch in der Verwaltung und in vielen Bereichen, in denen es vorher nicht möglich war. Da stellt sich zum Beispiel die Frage, an welcher Stelle wähle ich meinen Wohnort? Ist Homeoffice nicht auch eine Gelegenheit, dass kleine Städte und Gemeinden, natürlich mit einer guten Infrastruktur, dann auch neue Chancen haben und dass sich das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Städten, zwischen Stadt und Land auf diese Weise auch ein Stück weit neu sortiert, eben auch mit Chancen, die sich dem ländlichen Raum bieten.

In der Stadtentwicklung, der Städteförderung, und für das Zusammenwirken zwischen Stadt und Land haben wir für die nächsten Jahre viele spannende Aufgaben vor uns. Die Coronakrise ist, wie so häufig, nicht die Ursache, sondern sie ist dasjenige Momentum, das Entwicklungen, die in unserer Gesellschaft, im Handel, in der Kommunikation schon lange angelegt sind, jetzt deutlich hat vortreten lassen und die Prozesse beschleunigt hat. Ich denke zum Beispiel an E-Commerce. Auch das sind Dinge, die gab es früher schon. Sie haben aber in der Entwicklung einen deutlichen Schub genommen, und für mich ist klar: nach Corona wird auf keinen Fall vor Corona sein. Und wir stehen nicht zuletzt die Frage, welche Möglichkeiten bietet die Strukturförderung und welche Chancen eröffnet sie? Auch hier gilt, dass der Ausstieg aus der Braunkohle ein gewaltiger Einschnitt ist. Dass er ungeheure Veränderungen bringt, ist gar keine Frage. Sicher werden wir uns über die Fragen heute austauschen

können. Welche Chancen bietet uns der Strukturwandel? Welche Möglichkeiten der Gestaltung haben wir? Wir haben jede Menge spannende Themen für den heutigen Tag und ich freue mich auf den weiteren Verlauf. Vielen Dank.

Begrüßung Jana Reichenbach-Behnisch

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste – herzlich willkommen im Tapetenwerk!

Ich freue mich sehr, dass es heute wieder eine erste Präsenzveranstaltung nach langer Zeit in unserer Halle C01 gibt, und ganz besonders, dass es die ist, die unter der Überschrift PARADIGMA Blickwechsel - Neue Arbeitswelten steht – und die eigentlich im vergangenen Herbst stattfinden sollte. Und ich möchte wie immer an dieser Stelle vorab noch einladen zur Vernissage heute Abend. Der Ausstellungskatalog war schon gedruckt, die Einladungskarte ebenfalls. Wir haben im November 2020 fünf Tage vor Ausstellung und Workshop die Absage aus dem Gesundheitsamt bekommen. Wir dachten, wir schieben die Veranstaltung in den April 2021, da sind wir ganz sicher – waren wir nicht. Aber der Juli ist ja auch schön.

Und so sitzen wir hier heute in kleiner, feiner, reduzierter Runde mit viel Abstand. Alle die mich kennen, wissen ich liebe kleine Workshops - umso intensiver wird die Diskussion! Und es wissen natürlich auch alle, dass wir die Ergebnisse der Workshops grundsätzlich publizieren. Es geht nichts verloren. Sie werden online abrufbar sein. Wir haben gerade aus unserem Netzwerk kreativer Produktionsstätten bundesweit auf das heutige Thema ein sehr positives Feedback bekommen.

In unserem aktuellen Projekt zum Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum, einer Begleitforschung, die wir im letzten Frühjahr ausgeschrieben haben, wurde eine Fachbegleitung durch unser Fachgutachterteam bei der Aufstellung eines Aktivierungskonzepts für ein selbstgewähltes und als schwierig eingestuftes Leerstandsobjekt angeboten. Nach der ersten beschränkten Auswahl von vier Projektstandorten arbeiten wir inzwischen mit sieben sächsischen KooperationspartnerInnen aktiv zusammen.¹

Wir sind bei solchen Konzeptbegleitungen immer ganzheitlich unterwegs. Das heißt, es geht vom niedriginvestiven Baudetail bis hin zum kreativen Brandschutz und zu einer energetischen Sanierung. Es gibt eine baurechtliche Begleitung, eine vertragsrechtliche Begleitung bis hin zur niedrighschwelligen Nutzung und Bewirtschaftung, und natürlich geht es um Finanzierung und Fördermittel. Denn das schönste Konzept nützt einem am Ende nichts, wenn man nicht weiß, wie man es umsetzen soll und wo man das Geld dafür herbekommt. Die zentrale Frage ist gerade auch unter den aktuellen Umständen: Wohin wollen wir und wohin gehen wir mit dem ländlichen Raum? Und im Workshop heute vor allen Dingen: Wie wollen wir das dann finanzieren? Ich freue mich auf unsere interessanten Referenten und auf eine kreative Diskussion!



Jana Reichenbach-Behnisch

Jana Reichenbach-Behnisch ist freiberufliche Architektin. Nach ihrem Studium an der Technischen Universität Dresden war sie zehn Jahre lang als Projektleiterin für verschiedene Architekturbüros tätig, bevor sie ihr eigenes Büro rb architekten in Leipzig gründete. Sie berät und begleitet kommunale und private Akteure bei einer kreativen und flexiblen Leerstandsaktivierung. Seit 2006 publiziert sie in der angewandten Bauforschung zum Schwerpunkt „Aktivieren von Bestand“. Jana Reichenbach-Behnisch ist seit 2007 selbst Eigentümerin einer gründerzeitlichen Fabrikanlage im Leipziger Westen, welche sie als kreative Produktionsstätte betreibt: Das Tapetenwerk wurde 2012 in die Good-Practice-Datenbank der Netzwerkreihe „wieweiterarbeiten – Arbeitsorte der Zukunft“ der Bundesstiftung Baukultur aufgenommen. 2018 gründete sie mit dem Architekten Heiko Behnisch das Leipziger Institut für Kommunikation LEIIK gGmbH als gemeinnützige Gesellschaft für die gemeinsamen Forschungs- und Kunstprojekte. www.leiik.de
www.tapetenwerk.de
www.kreative-produktionsstaedte.de

1 Auszug aus der Präsentation von Jana Reichenbach-Behnisch zum aktuellen WAL-Projektstand siehe Anhang



(Industrie-)Kultur im Strukturwandel; Aktuelle Entwicklungen in der Umsetzung des Investitionsgesetz Kohleregion (invKG)

Gordian Meyer-Plath

Guten Tag und herzlichen Dank für die Einladung und auch für die nette Begrüßung.

Dieses Referat (Referat 24, Strukturwandel und Industriekultur, Europa und Internationales, Anm. d. Verf.), was anmoderiert wurde, gibt es auf den Tag genau seit einem Jahr. Die Entscheidung, ein solches Querschnittsreferat in einer Kulturabteilung einzurichten, hatte auch mit der Dynamik zu tun, die der Strukturwandel in dieser Phase, nämlich vor einem Jahr schon, hatte. Denn wenig später, am 14. August, ist dieses, heute schon mehrfach angesprochene Investitionsgesetz Kohleregionen auch in Kraft getreten. In dieser Dynamik war es Staatsministerin Barbara Klepsch wichtig, dass die Themen Kultur und Tourismus nicht – man kann sagen – unter die Räder geraten. Sondern als wichtige Bestandteile des Strukturwandels eben auch wirken sollen. Denn diese zehn Milliarden die in den nächsten Jahren nach Sachsen fließen werden, sind eine riesige Summe, aber sie sind natürlich trotzdem endlich. Die berechtigten Interessen der verschiedenen Akteure, die sind eher nicht endlich. Deswegen wird es darauf ankommen, oder kam auch schon darauf an, dafür zu sorgen, dass die Kultur bei der Umsetzung dieses Gesetzes immer auch eine Chance auf Teilhabe hat. Denn – und jetzt trage ich sicherlich Eulen nach Athen in dieser Runde – die Kultur ist ein entscheidender Faktor für die Identität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Kohleregionen. Sie ist ein bedeutender Standortfaktor und kann selbst zur Wertschöpfung beitragen. Und sie kann auch ohne Milliarden von Euro und ohne jahrelangen Vorlauf für die Menschen erfahrbare positive Zeichen des Strukturwandels erzeugen. Erst heute ist Landrat Lange aus Görlitz mit den Worten zitiert worden: „Die Investoren fragen uns als erstes, was gibt es bei euch an Kultur?“ Ein bemerkenswerter Satz, finde ich. Dieser Ansatz oder die Bedeutung der Kultur war auch schon in den Leitbildern der beiden Reviere deutlich zu erkennen. Die sind integraler Bestandteil, des Investitionsgesetz Kohleregionen. Für die Lausitz hieß es da, wir wollen eine Region mit hoher Lebensqualität und kultureller Vielfalt. Im mitteldeutschen Revier wurde es etwas anders formuliert mit den Stichworten Heimat, Anziehungspunkte und lebenswerte Orte. Aber auch hier denke ich, ist das Thema Kultur dadurch klar gesetzt.

In den letzten Tagen und Wochen hat es sehr wichtige Weichenstellungen in den beiden Armen des Investitionsgesetz Kohleregionen gegeben. Insofern haben wir einen sehr guten Zeitpunkt für unsere Veranstaltung. Ich würde mit dem sogenannten zweiten Arm beginnen, den Bundesmaßnahmen. Dafür sind 6,5 Milliarden von den zehn Milliarden geplant und für die Ausgestaltung der Bundesmaßnahmen, die Priorisierung und die Auswahl gab es einen intensiven Prozess in den letzten Monaten, der die Interessen der Bundesressourcen und der Revierländer in Einklang bringen musste. Das waren zum Teil harte Bandagen. Aber sie sind eben vor wenigen Tagen zu einem guten Abschluss gekommen.

Natürlich sind die Volumina der Infrastrukturmaßnahmen, der Großforschungszentren unvergleichlich größer, als diejenigen mit Kulturbezug, aber dennoch zeigt sich daran, dass zu einer gelungenen Struktureinwirkung eben auch die Kultur einen sichtbaren Beitrag leisten soll. Welches sind also die vier Bundesmaßnahmen? Sehr wichtig aus meiner Sicht,



Gordian Meyer-Plath

Geb. 1968

1993

Abschluss als M.A. in mittelalterlicher und neuerer Geschichte, Amerikanistik und Öffentlichem Recht

1994 bis 2012

Innenministerium Brandenburg

2012 bis 2020

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Seit 2020 SMWK, Referat 24



allerdings nur für das Lausitzer Revier, sind die Maßnahmen zur Förderung der Sprache und Kultur des sorbischen Volkes. Handlungsfelder werden unter anderem die Fortentwicklung und Revitalisierung der sorbischen Sprache und die touristische und wirtschaftliche Inwertsetzung des sorbischen Kulturerbes sein. Dafür stehen bis 2038 42,5 Millionen Euro bereit. Ein Programm der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) trägt den Namen „Verstärkung der Kulturförderung“. Das hat für die Lausitz ein Volumen von 27,5 Millionen und für das mitteldeutsche Revier von 12,8 Millionen. Der Titel ist, denke ich, etwas unglücklich gewählt. Denn auf den ersten Blick erweckt er den Anschein, als ob es sich um ein sehr allgemeines, für viele zugängliches Programm handelt. Aber die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien hat es sehr eng zugeschnitten. Es bezieht sich auf bereits erfolgreich bewirtschaftete Kultureinrichtungen, die durch die Aufstockung der bestehenden Förderungen ihr Angebotsspektrum erweitern und ihre Attraktivität erhöhen können. Es geht also nur um von der Beauftragten für Kultur und Medien bereits geförderte Einrichtungen. Etwa um die Gedenkstätten in den Revieren oder eine Einrichtung wie etwa das schlesische Museum in Görlitz. Das Flaggschiff für diesen Bereich ist das Lausitz Festival, von dem Sie vielleicht schon gehört haben. Ein neues länderübergreifendes, internationales Kunstfestival. Mit einem spartenübergreifenden Programm, das neben der künstlerischen, überregionalen Strahlkraft, auch zur dauerhaften Vernetzung der Kulturschaffenden in beiden Teilen der Lausitz beitragen soll. Es ist auch deshalb außergewöhnlich, weil es ein Gemeinschaftsprojekt von zwei Revierländern ist. Das ist auch sehr im Interesse der Kulturschaffenden in der Lausitz, die sich im Rahmen ihrer Kulturstrategie und ihres Kulturplans eben für eine gemeinsame Strategie für gemeinsame Projekte aussprechen und dazu gehört natürlich auch das bedeutsame Lausitz Festival.

Das zweite Programm wird Sie wahrscheinlich noch mehr interessieren. Nämlich das Förderprogramm zum Erhalt und zur Entwicklung lebendiger Denkmale der Industriekultur, mit einem ziemlich genauso großen Umfang, wie das andere, nämlich 27,7 Millionen für den sächsischen Teil des Lausitzer Reviers und 12,9 Millionen für den sächsischen Teil des mitteldeutschen Reviers. Ich zitiere das Programm: „Industriekultur soll herausragende und erhaltenswerte Industrieanlagen in den Braunkohlenrevieren identifizieren und ihren Erhalt, sowie ihre Umgestaltung für eine kulturelle Nutzung ermöglichen. Damit werden neue Orte für die Kultur, sowie für die Kreativwirtschaft erschaffen und gleichzeitig ein Stück regionale Identität bewahrt. Zudem wird damit die touristische Attraktivität der Region erhöht.“

Regeln soll das Verfahren die Förderrichtlinie InKult (Investitionsprogramm Industriekultur, Anm. d. Verf.), die zwischen BKM und den Revierländern abgestimmt wurde, aktuell beim Bundesrechnungshof zur Zustimmung liegt und die in den nächsten Wochen veröffentlicht werden soll. Wichtige Elemente von InKult sind eine Förderquote von bis zu 90 Prozent, die Öffnung der Zuwendungsempfänger auf natürliche und juristische Personen, also im Prinzip jedermann, und die Förderfähigkeit auch von vorbereitenden Untersuchungen, sofern es sich um ein ganz konkretes Objekt und nicht um allgemeine Studien handelt. Es ist allerdings –ein rein investives Programm, so dass Betriebs- und Personalkosten darüber z. B. nicht förderfähig sind. Wichtig ist auch, dass eine Nachnutzung der geförderten Industriegebäude und Anlagen sichergestellt und ein öffentlicher Zugang gewährleistet sein muss. Außerdem müssen die Objekte grundsätzlich bereits unter Denkmalschutz stehen.

Lange diskutiert wurde auch, wie nah müssen die Objekte der eigentlichen Braunkohle oder Energiewirtschaft zuzurechnen sein. Das ist in der Richtlinie etwas eingeschränkt worden.

Die Erfassung der möglichen Objekte durch das Landesamt für Denkmalpflege ist bereits im vollen Gange. In vielen Workshops, etwa im Rahmen der europäischen Metropolregion Mitteldeutschland oder auch im Rahmen des Kulturplanes Lausitz, werden bereits viele Vorschläge hin und her bewegt, zur Identifizierung von besonders geeigneten Vorhaben und ich bin sehr gespannt auf den weiteren Fortgang dieses Programms, der, glaube ich, eine sehr große Spannweite an möglichen Objekten haben wird.

Also InKult ist ein investives Programm, aber das Programm STARK, ist ein nicht investives und dient der Finanzierung von nicht investiven Maßnahmen der Strukturentwicklung. Mit dem Programm sollen, ergänzend zu den Finanzhilfen für investive Maßnahmen, Projekte unterstützt werden, die einen Beitrag zur Strukturentwicklung leisten. Gefördert werden können Projekte aus den Bereichen Vernetzung, Wissens- und Technologietransfer, Beratung, Qualifikation, Gemeinsinn und gemeinsames Zukunftsverständnis, Strukturentwicklungsgesellschaften, Außenwirtschaftsförderung, wissenschaftliche Begleitung des Transformationsprozesses, Stärkung des unternehmerischen Handelns und innovative Ansätze. Da ist, denke ich, für jeden etwas dabei. Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen. Der Fördersatz liegt auch bei bis zu 90 Prozent und das Volumen für beide Reviere zusammen umfasst knapp 460 Millionen Euro.

Die Anträge sind so unterschiedlich wie die Spannbreite, die ich Ihnen geschildert habe. Da ist es nicht immer ganz einfach, aus all diesen Anträgen dann auch einen ganz konkreten Bezug zum Strukturwandel herzustellen. Hier arbeiten wir natürlich mit dem Sächsischen Ministerium für Regionalentwicklung (SMR) zusammen und versuchen auch die Vorhaben mit einem Kultur-, einem Tourismus- und auch einem Industriekulturbezug angemessen zu bewerten, damit diese eben auch eine Chance auf Realisierung bekommen.

Mit der Formulierung ergänzend zu den Finanzhilfen, kann ich auch eine Brücke zum ersten Arm des Investitionsgesetz Kohleregionen schlagen, nämlich zu den Finanzhilfen des Bundes für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände. Das sind 3,5 Milliarden Euro. Auch hier gilt ein Fördersatz von bis zu 90 Prozent. Kultur hat hier auch im gesamten Gesetz ein Einfallstor durch die Erwähnung, dass eben auch Investition in Kultureinrichtungen möglich sind. Aber Kultur ist hier nicht in der Pole-Position. Das muss man ganz ehrlich sagen. Um eine Priorisierung der Maßnahmen zu ermöglichen, wurde für die sächsischen Vorhaben ein Scoring-Modell entwickelt, dessen Schwerpunkt – auf dem Gesetzeswortlaut basierend – auf mittelbar gesicherten oder geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätzen liegt. Da hat es die Kultur nicht leicht zu konkurrieren, mit den anderen Vorhaben. Aber Sie konnten es in der Presse diese Woche und auch heute noch einmal lesen: Die regionalen Begleitausschüsse, die über die kommunalen Vorhaben entscheiden, haben auch eine Vielzahl an Vorhaben von Kultur und Tourismusbezug beschlossen. Etwa zum Kulturhaus Bischofswerda und zum Tierpark Görlitz. Aber auch – da habe ich mich sehr gefreut – eine textile Kreativwerkstatt in einer ehemaligen Web-





schule bei Zittau. Diese Vorhaben werden nun ebenfalls über den ersten Arm des Investitionsgesetz Kohleregionen gefördert. Vorher müssen sie allerdings noch im SMR geprüft werden. Und dann sitzt auch noch der Bund als Allerletzter dahinter und kann auch noch sagen: „Leute, das hat nichts mit Strukturwandel zu tun.“ Wir sind aber eigentlich alle recht zuversichtlich, dass diese erste Runde dann auch in dieser Form losgehen kann und die von mir angesprochenen sichtbaren Zeichen dann eben auch für die Menschen in den Kohleregionen schnell erfahrbar werden.

Es gibt die Vorhaben der Kommunen und es gibt die Vorhaben des Freistaates und auch mein Resort im Sächsischen Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (SMWK) hat ein Landesvorhaben in das Rennen geschickt – das sogenannte „Sorbische Wissensforum am Lauenareal“. Diesem Vorhaben hat der regionale Begleitausschuss Lausitz ein positives Votum ausgestellt. Das ist ein Bauprojekt im Zentrum der Stadt Bautzen, wo ein innovatives und überregional ausstrahlender Standort für das Sorbische Institut und das Sorbische Museum errichtet werden soll – für etwa 45 Millionen Euro. In dem Gebäude sollen Ausstellungsflächen für das Sorbische Museum, Magazinräume für das Sorbische Kulturarchiv und die Sorbische Zentralbibliothek integriert werden. Außerdem werden offene Kreativflächen, Arbeitsbereiche geschaffen, die agiles Arbeiten und Austausch fördern sollen. Es handelt sich um ein Modellvorhaben für nachhaltiges Bauen, das eine langjährige Brachfläche im Bautzener Stadtzentrum aufwertet. Auch hier ist noch nicht die letzte Entscheidung gefallen, aber mit der Befürwortung durch den regionalen Begleitausschuss ist eine weitere Hürde genommen worden, da sind wir sehr froh und auch dankbar für die Zusammenarbeit. So ein Projekt braucht viele, die dahinter stehen, die es unterstützen, gerade auch in Konkurrenz zu den von mir schon angesprochenen Infrastruktur- und Forschungsprojekten.

Ich hoffe, mit diesen Beispielen aus der aktuellen Umsetzung des Investitionsgesetzes Kohleregionen, wurde Ihnen ein einigermaßen plastisches Bild des Prozesses gegeben, der, denke ich, auch viele Nerven an vielen Stellen kostet. Es ist allen Beteiligten klar, wir betreten Neuland. Das hat noch keiner so gemacht bisher. Auch in den Ressorts, in den Kommunen, so ein Prozess ist schon historisch, kann man sagen. Wir stehen eben ganz am Anfang. Das wird uns noch einige Jahre beschäftigen. Wir werden deshalb auch zeitnah evaluieren müssen, ob die Verfahren so wirklich ideal sind. Ob wir da vielleicht was übersehen haben. Und auch eine Nachschärfung erforderlich ist. Um diese Evaluierung dann auch richtig hinzukriegen, brauchen wir viel Feedback, viele Gespräche. Gerade auch mit den Kulturschaffenden. Dafür bedanke ich mich auch schon jetzt und natürlich auch, dass Sie mir so intensiv und aufmerksam zugehört haben.

Kohle-Strukturfonds Mitteldeutschland

Wann geht wieviel an wen – und wofür ...?

Michael Köppl

Herzlichen Dank für die Einladung. Ich habe jetzt seit fast drei Jahren das Vergnügen, mir Fördersystematiken und Förderprogramme nicht mehr als Insider sondern von der Außenseite her anzusehen, und stelle fest, dass, was man sich so intern überlegt, muss nach außen gut übersetzt werden. Das ist vielfach schwierig. Ein bisschen ein Problem habe ich jetzt auch, weil mein Vorredner gerade alles sehr plastisch dargestellt hat, während ich jetzt mehr von der abstrakten Fördersystematik komme. Es wird sich wohl einiges wiederholen, was aber vielleicht auch nicht schlecht ist. Denn das soll ja für Sie ein Anlass sein, um sich zu überlegen, wo Sie vielleicht einsteigen können. Ich versuche also entsprechend anzuknüpfen.

Das eine sind also die Finanzhilfen des Kohlefonds, wie man es vielleicht auch nennen kann. Diese Finanzhilfen-Geschichte ist gar nicht so neu. Wir haben sowas direkt nach der Wende schon einmal gehabt: Die Finanzierungsabkommen zur Rekultivierung der Braunkohlelandschaft. Da hat der Bund auch Milliarden – anfangs noch D-Mark – zur Verfügung gestellt und später auch aufgestockt. Auch das lief natürlich nicht perfekt. Man lernt aber auch in der Staatsverwaltung. Die Abläufe waren vergleichbar. Während dann das Programm STARK, der zweite Arm, wenn ich das mal so aufgreifen darf, das ist dann ein tatsächliches Förderprogramm klassischer Art. Die Finanzhilfe läuft ein bisschen anders. Die Finanzhilfe, das sind investive Dinge. Mit all dem, was man bei investiven Projekten und Förderungen oder Finanzhilfe, Unterstützungsleistungen mit finanziert. Aber die Investition steht dort im Vordergrund. Deswegen auch die viel größeren Summen.

Wir haben jetzt hier von Bautzen gehört. Wir hören, dass aus diesem Bundestopf Autobahnen verbreitert werden sollen. Das sind natürlich ganz andere Dimensionen. Während das Programm STARK vielleicht für unsere Bereiche erstmal das Interessantere ist. Das ist das, was sozusagen das gesellschaftliche Arbeiten, das Zusammenführen der Leute unterstützen soll, und dazu gibt es einen kleinen investive Anteil. Investitionen sind dort aber nicht der Schwerpunkt. Deswegen: Wer sich schwerpunktmäßig um Gebäude kümmert, muss die Finanzhilfen-Thematik anpacken. Wer sich mehr um Kooperationen und Prozesse – nicht im juristischen Sinne – kümmern will, der sollte auf das Programm STARK abstellen. Ich will hier eigentlich nur Eckpunkte benennen. Ich hatte ja schon gesagt, das Detail ist dann manchmal zum Wahnsinnig werden. Aber die Grundstruktur – und das heißt auch, dass es schon sinnvoll ist, wenn man Projekte entwickeln will, dass man sich da auch Hilfestellungen nimmt; das kann keiner für sich selber entwickeln – die stellt der Freistaat zur Verfügung. Mit einer eigenständigen Institution. Wo auch Mitarbeiter aus unserem Bereich (ehemals Referat für EU- und Städtebauförderung im Sächsischen Innenministerium – Anm. d.Verf.) tätig sind, die diese Stadtentwicklungsgeschichten damit auch sehr gut kennen. Von daher, meine Bitte an Sie: Wenn Projektideen da sind, schauen Sie nach, wo man Unterstützung bekommt! Ich will das hier gar nicht aufzählen. Das können Sie im Internet alles schön und klar abrufen. Aber bitte merken Sie sich, nehmen Sie sich jemanden, der die Projektidee, die da ist, mit Ihnen schärft und so schärft, dass Sie eben auch in den Wettbewerb der um dieses Geld entstanden ist, erfolgversprechend eintreten.



Michael Köppl

Geb. 1953

1974-77

Jurastudium Justus Liebig Universität

1978-1981

Referendariat

1979-1981

Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Landkreis Gießen-Bauaufsicht

1981-1982

Arbeit als Rechtsanwalt

bis 1986

Rechtsdezernent Regionalentwicklung beim Regierungspräsidium Gießen

bis 1995

Leiter Umweltamt Landkreis Marburg Biedenkopf (Abfallwirtschaft, untere Naturschutzbehörde, Energie)

bis 2000

Referatsleiter Umweltministerium Sachsen - Abfallwirtschaft, Altlasten, Bodenschutz

bis 2002 Referatsleiter oberste Baubehörde Innenministerium Sachsen

bis 2007

Referatsleiter Wohnungswirtschaft und Stadtumbau Innenministerium Sachsen

bis 2009

kommisarischer Abteilungsleiter Regionalplanung Innenministerium Sachsen

bis 2019

Referatsleiter Städtebau und EFRE-Förderung Innenministerium Sachsen

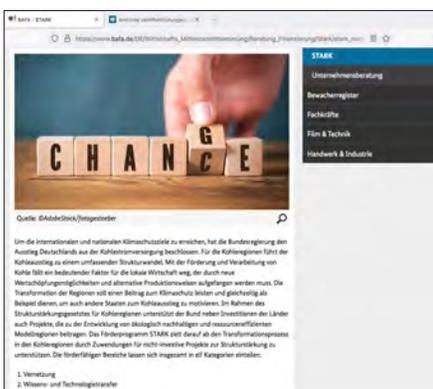
ab 2019

(Pensionierung) wieder Arbeit als Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Beratung von Gemeinden in stadtentwicklungsrechtlichen und Klimaschutzrechtlichen Fragen

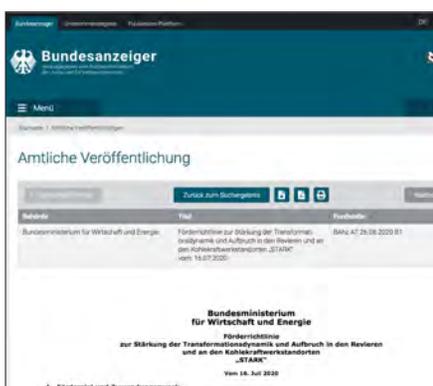
Lebt in Freital bei Dresden



Deckblatt des „Handlungsprogramm zur Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen des Bundes in den sächsischen Braunkohlerevieren“ des Sächsischen Ministeriums für Regionalentwicklung (SMR). Download unter: <https://www.strukturentwicklung.sachsen.de/download/Handlungsprogramm.pdf>



Screenshot der Startseite des Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zum STARK-Programm
 Link: https://www.bafa.de/DE/Wirtschafts_Mittelstandsfoerderung/Beratung_Finanzierung/Stark/stark_node.html



Screenshot des Bundesanzeiger zur amtlichen Veröffentlichung der „Förderrichtlinie zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten STARK“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
 Link: <https://www.bundesanzeiger.de/pub/de/amtliche-veroeffentlichung?1>

Zehn Milliarden, wie viel ist das insgesamt? So viel ist ja noch gar nicht gesichert. Das sind erstmal die politischen Zielstellungen. Mal schauen, was nach der nächsten Bundesregierung in sechs Jahren noch bleibt von den Zusagen, die gekommen sind in diesem Bereich und wohin die Entwicklung geht. Das heißt natürlich auch, dass man sich jetzt vielleicht schon intensiver darum kümmern muss. SWOT Analyse, Stärken, Schwächen, Chancen, Möglichkeiten. Man hat Ziele formuliert. Ist alles sehr schön und kompakt veröffentlicht. Man muss dort genau prüfen – und für die verschiedenen Reviere – ich wiederhole, welche Ziele und Handlungsfelder und Handlungsschwerpunkte formuliert wurden, wo man möglichst mit seinen Projektideen reinpasst. Und im Zweifel sich bitte beraten lassen.

Die Themenstellungen und Ziele, die hier für den Leipziger Raum, für das mitteldeutsche Revier von Bedeutung sind, sind vielleicht die Ziele Digitalisierung und der Anknüpfungspunkt Bildung und Kreativität. Sie merken, wie allgemein das erstmal noch formuliert worden ist. Und dann vor allen Dingen der Bereich Fachkräftebedarf, Schulung – alles, was damit zusammenhängt. Wie es so schön heißt, Pilotierung und Umsetzung von Projekten zur Erprobung neuer Arbeitsformen. Das ist eine Chance, gerade für den ländlichen Raum. Gerade mit Projekten wie hier mit dem Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum WAL, in dem zahlreiche interessante Ideen aufkommen. Das sind Dinge, wo man anknüpfen kann und muss. Aber bitte für alle ist das die Aufforderung, sich hier Gedanken zu machen, wie man insbesondere die kleineren Städte, den ländlichen Raum mit Projekten versehen und entwickeln kann. Die dem Schrumpfen der Bevölkerung dort, verbunden mit der Konzentration auf die großen Städte, die Metropolen, entgegenwirkt. Thematik war vor zwanzig Jahren der Stadtumbau. Alles das hat jetzt neue Chancen, und Corona als Offenlegung unserer sonstigen Schwächen in der Raumentwicklung, gibt hier Chancen und hier gibt es Geld jetzt ranzugehen im investiven Bereich. Dann haben wir den anderen Bereich, das Programm STARK. Es gibt die Förderrichtlinie. Dort sind in der Anlage 1 die sogenannten Förderkategorien aufgeführt. Projektideen, also Ideen, wie man Entwicklungen in der Gesellschaft prozessartig anstößt, und mit etwas investiver Unterstützung, müssen einer solchen Förderkategorie zugeordnet werden können. Sind sie mehreren Kategorien zugeordnet, was durchaus immer mal auftaucht, muss man prüfen, ob man nicht sogar zwei Projekte daraus macht. Die Projekte müssen nachhaltig sein, das sage ich noch einmal deutlich. Dann müssen sie zusätzlich sein, nicht Dinge fortführen, die schon im Gange sind. Und dann das „Förderklein“, also die üblicherweise bei Förderungen vorgegebenen Auflagen, das hat man sich ja auch nicht eingespart. Insbesondere hinterher bei der Abrechnung mit dem Verwendungsnachweis. STARK - ich sage es noch einmal ganz deutlich - ist kein investives Programm, lediglich 25 Prozent Anteil dürfen investiv eingesetzt werden.

Wer Lust bekommen hat, sich jetzt mit Projekten zu beschäftigen, kann sich auf den Webseiten des Freistaates und des Bundes weiter informieren (siehe dazu auch screenshots links, Anm. d. Verf.). Da sind auch FAQs (Abkürzung für Frequently Asked Questions, englisch für häufig gestellte Fragen, Anm. d. Verf.) zusammengestellt.

Ideen sind gefragt. Innovation. Auch wenn es erstmal ein Wettbewerb um Mittel ist und auch wenn vielleicht die Mittel nicht die 10 Milliarden erreichen werden, die jetzt genannt sind: es sind die Ideen die notwendig sind um den neuen Strukturwandel zu bewältigen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel **Eine Initiative der Kulturstiftung des Bundes im ländlichen Raum** Samo Darian

Vielen Dank für die Einladung.

Ich freue mich, heute hier zu sein und Ihnen unser Programm vorstellen zu dürfen, das schon seit sechs Jahren läuft. Es ist ein Kulturförderprogramm, die Mittel kommen von der Kulturstiftung des Bundes. Wenn man vom Land redet – und das höre ich in vielen Vorträgen – dann kommt erstmal der Satz, DEN ländlichen Raum, den gibt es gar nicht. Man bezieht sich bei diesen Aussagen häufig auf die Feststellung, jede Region ist anders. Hat eine andere Geschichte, besitzt spezifische Traditionen, hat eine andere Infrastruktur. Die Situation der Kulturakteure ist nicht vergleichbar und dementsprechend ist es schwer allgemeine Ratschläge zu geben oder ein deutschlandweites Förderprogramm aufzusetzen, was dann die Bedarfe der Akteure vor Ort in den verschiedenen Regionen trifft.

Das stimmt alles. Aber wenn man sich die Kultur anschaut, dann gibt es tatsächlich einen Aspekt, der alle ländlichen Regionen in Deutschland verbindet, was ein charakterbildendes Element für die Kultur im ländlichen Raum ist und das ist das besondere Verhältnis der Akteure – zwischen professionellen bzw. hauptamtlichen Kulturanbietern und den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Auf dem Land gibt es weniger Opern, Theaterhäuser, professionelle Galerien. Dafür viel mehr Vereine, Initiativen und ehrenamtlich Engagierte. Das hat auch schon die Enquete-Kommission 2017 zur Kultur in Deutschland so festgestellt: „Auf dem Land gibt es alles, was es in den Städten gibt, allerdings weniger davon und nicht überall.“ Genau das macht den Unterschied zwischen der Kultur in der Stadt und auf dem Land aus. Nämlich dieses besondere Verhältnis zwischen professionellen Kulturanbietern und Laien, zwischen Profis und Amateuren. Dieses Verhältnis ist aber nicht nur eine statistische Größe, sondern wenn man über die Stärkung der Kultur auf dem Land nachdenkt, liegt genau hierin eine Zukunftsaufgabe für die Kultur. Nämlich genau dieses besondere Verhältnis in den Blick zu nehmen und die Zusammenarbeiten zwischen den hauptamtlichen Kultureinrichtungen und Kulturämtern einerseits, und den Vereinen, Initiativen und einzelnen Aktiven andererseits auf neue Beine zu stellen.

Wenn man diese Zukunftsaufgabe ernst nimmt, dann ist es auch wichtig, dass man sich die Strukturen im ländlichen Raum anschaut. Zwei Aspekte für die Kulturarbeit und die kulturelle Entwicklung auf dem Land sind besonders wichtig.

Das ist einmal die demographische Entwicklung. Es gibt stark schrumpfende Regionen und es gibt stark wachsende Regionen. Das hat große Auswirkung auf die Infrastrukturen. Das betrifft die Zugänge zu Krankenhäusern, zu Bildungseinrichtungen, aber auch zu Geschäften oder zum öffentlichen Nachverkehr. Aber natürlich auch die Zugänge zu kulturellen Angeboten.

Der zweite Aspekt ist die Verteilung öffentlicher Mittel. Die Kulturausgaben in Deutschland konzentrieren sich auf die Städte. Das heißt, je kleiner ein Ort ist, umso weniger Geld steht auch für öffentliche Mittel für die Kultur zur Verfügung. Die Spreizung ist relativ groß. In den großen Metropolen mit mehr als 500.000 Einwohnern über 150 Euro pro Person pro Jahr und in den kleinen Kommunen mit weniger als 3.000 Einwohnern unter fünf Euro. Das ist der Tatsache geschuldet, dass es ein Zentrale-Orte-Prinzip gibt. Das heißt, in zentralen Orten in den Gemeinden gibt



Samo Darian

Samo Darian leitet seit 2015 das TRAFO-Programm. Das Programm TRAFO unterstützt in den Jahren 2015 bis 2024 deutschlandweit elf Regionen dabei, ihre Kulturorte und ihr Kulturangebot dauerhaft zu stärken. Samo Darian studierte Sprachen-, Wirtschafts- und Kulturraumstudien in Passau, London und Granada. Vor seiner Tätigkeit bei TRAFO arbeitete er als Geschäftsführer für regionale Kulturprojekte in Deutschland, u.a. Erste Brandenburgische Landesausstellung, Netzwerk Neue Musik, und für Programme zur Förderung internationaler Kulturkooperationen, u.a. relations, Zipp - deutsch-tschechische Kulturprojekte, bipolar – deutsch-ungarische Kulturprojekte und Büro Kopernikus – deutsch-polnische Kulturprojekte.



es die kulturellen Infrastrukturen. Die müssen finanziert werden, dahin fließt das meiste Geld.

Aber mit diesen beiden Grundvoraussetzungen sind die beiden Grundbedingungen für die Kulturarbeit im ländlichen Raum auch beschrieben. Das heißt, die Kultur unterscheidet sich auf dem Land von der Kultur in den Metropolen. Auf dem Land ist die Kultur geprägt von diesem Nebeneinander, von Profis und Amateuren, von Hauptamt und Zivilgesellschaft als zentrales, bildendes Prinzip. Aber die ländliche Kultur kann auch nicht so sein wie in den Städten. Dafür fehlen ihr einfach die Mittel. Vor diesem Hintergrund agiert das Programm TRAFO und TRAFO steht für Transformation, für Veränderung. Die Frage, die wir uns stellen, in der zehnjährigen Laufzeit 2014 bis 2024: Wie muss sich das kulturelle Angebot, wie müssen sich Kultureinrichtungen und Kulturverwaltungen in den ländlichen Regionen in Deutschland ändern, um sie dauerhaft zu stärken? Es ist ein Modellprogramm. Das heißt, wir suchen nach Modellen, nach guten Beispielen, wie die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Kulturakteure, die es gibt im ländlichen Raum, zukunftssicher neu gestaltet werden kann, und wir konzentrieren uns dabei auf Regionen, die vom demographischen Wandel betroffen sind. Das heißt, wo die Bevölkerung schrumpft.

Wir fördern im Moment in zehn Bundesländern in Deutschland. Von Schleswig-Holstein im Norden, bis Rheinland-Pfalz im Süden. Eine relativ lange Projektlaufzeit – für den Kulturbereich zumindest – von fünf bis sechs Jahren. Das heißt, wir fördern keine Projekte, keine einzelnen Maßnahmen, keine einzelnen Institutionen. Sondern wir fördern prozesshafte Entwicklung. Der Rahmen sind 1,5 Millionen EUR pro teilnehmende Region und die Regionen nehmen sich in dieser Zeit drei Ziele vor. Das erste Ziel ist zu schauen, wie können die kulturellen Strukturen vor Ort gestärkt werden. Das heißt, wie müssen sich bzw. können sich Kultureinrichtungen und Kulturverwaltung verändern und für neue Aufgaben öffnen? Zweitens geht es darum, regionale Allianzen zu bilden – aus VertreterInnen der kommunalen Verwaltungen, der Politik und der Kultur, die gemeinsam Verantwortung übernehmen für die Kulturentwicklung in ihrer Region und die informiert sind über die Belange der Kultur und politischen Fragestellungen. Und drittens geht es um Erprobung, darum, mit den zur Verfügung gestellten Mitteln neue Formate und neue Angebote auszuprobieren für ein interessantes und vor allem partizipatives Kulturleben in den Regionen.

Damit es nicht so theoretisch bleibt, stelle ich Ihnen kurz vier Beispiele aus dem Programm vor, die bereits seit fünf Jahren gefördert werden. Das erste Projekt ist das Oderbruch Museum Altranft in Brandenburg. 60 Kilometer nordöstlich von Berlin gelegen. Altranft ist ein kleines Dorf mit 900 Einwohnern und Teil der Stadt Bad Freienwalde mit 12.000 Einwohnern. Dort gibt es ein Freilichtmuseum, das in den achtziger Jahren gegründet wurde und im Jahre 2014 geschlossen werden sollte. Und das nicht, weil das Geld nicht da war, sondern weil die Verantwortlichen vor Ort nicht mehr wussten, wofür dieses Museum steht. Die Verbindung war gekappt. Die Entscheider hatten kein Bild mehr davon, was dieses Museum in der Region soll. Daraufhin hat das Museum einen Neustart gewagt und nennt sich seitdem „Werkstatt für ländliche Kultur“. Das Museum hat sich erstmal freigemacht, hat alle Räume leer gemacht und die Bevölkerung eingeladen, diese Räume wieder zu füllen, zu bestimmten Themen, die im Oderbruch bedeutsam sind: wie z.B. Handwerk, Wasser, Landwirtschaft oder Menschen. So füllt sich dieses Museum peu à peu

wieder mit Inhalt, aber nicht von Kuratoren erdacht, von Kulturwissenschaftlern hingestellt, sondern die Bevölkerung ist eingeladen, daran mitzuarbeiten.

Ein zweites Projekt läuft in Rendsburg-Eckernförde, ein Landkreis im Norden Deutschlands in Schleswig-Holstein, 2.200 Quadratkilometer groß, 275.000 Einwohner. Die größte Stadt Rendsburg hat 29.000 Einwohner. Dieses Projekt reagiert auf die Tatsache, dass der Handlungsradius städtischer Kultureinrichtungen häufig an der Stadtgrenze endet. Fünf größere Kultureinrichtungen in Rendsburg-Eckernförde, darunter das Landesmuseum, ein Museumsverband und die Volkshochschule stellen sich nun aber die Frage, wie können wir als große Einrichtungen mit zum Teil mehreren hundert Mitarbeitern mit den Ehrenamtsvereinen im ländlichen Raum zusammenarbeiten? Und zwar auf Augenhöhe und gleichberechtigt? Über das Programm haben sie das Wort „Kokreation“ geschrieben und ich muss ehrlich sagen, dass im Moment mehr Fragen bestehen als Antworten. Das ist ein neues Feld: Große Institutionen sollen mit Vereinen zusammenarbeiten, mit Initiativen. Wie soll das funktionieren? Doch die beteiligten Einrichtungen in Rendsburg-Eckernförde nehmen die Frage sehr ernst. Sie haben sogenannte Transformationsmanager eingestellt, häufig als Stabstellen der Leitungen. Mit diesen überlegen sie jetzt, was muss transformiert werden, bei uns in den Strukturen? Wie können wir das eigentlich machen? Wie können wir auch künstlerische Qualität sichern in Zusammenarbeit mit Laien? Wir erhoffen uns hier auch Antworten für andere Regionen.

Ein weiteres Projekt ist das sogenannte Kulturlandbüro in Uecker-Randow, ein Teil des Landkreises Vorpommern-Greifswald. Der Landkreis ist größer als das Saarland mit 4.000 Quadratkilometern und 235.000 Einwohnern. Dort im Zentrum dieser Region steht ein Kulturlandbüro. Das ist erstmal eine moderne Art eines Kulturamtes. Nur dass es nicht an der Verwaltung angesiedelt ist, sondern es wird gemeinsam vom Landkreis und einem freien Träger betrieben. Diese schicken beide ihre Mitarbeiter in das Kulturlandbüro. Das Kulturlandbüro übernimmt einerseits klassische Aufgaben eines Kulturamtes: Beratung, Netzwerkarbeit. Das Besondere ist aber, dass sie auch künstlerisch arbeiten. Sie haben zwei Formate – Dorfesidenzen und das sogenannte wandernde Kulturzelt – mit denen sie versuchen, die Akteure vor Ort zur Mitarbeit einzuladen. Wir erhoffen uns ein paar Antworten darauf, was die zukünftigen Aufgaben von Kulturämtern auch im ländlichen Raum sind und wie sie gestaltet werden können, wenn nicht nur Verwaltungen dort sitzen, sondern Kooperationen mit der freien Szene bestehen.

Ein viertes Projekt sind die sogenannten Regionalmanager Kultur. Da haben wir mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg ein Vier-Jahres-Programm aufgelegt, wo wir in sechs Landkreisen gemeinsam mit dem Ministerium sogenannte Regionalmanager Kultur in der Verwaltung ansiedeln, um dort eine Weiterentwicklung des Kulturamtes voranzutreiben. Wir haben eine wissenschaftliche Begleitung dazugesellt und vor Kurzem eine Handreichung herausgegeben, zur zukünftigen Aufgaben der Kulturämter in Landkreisverwaltungen. Und da hat sich gezeigt, dass bei den Regionalmanagern Kultur nicht die klassischen Aufgaben einer Kulturverwaltung im Zentrum stehen, wie z.B. Kulturförderung, Kommunikations- oder Gremienarbeit, sondern andere Aufgaben wie Netzwerkarbeit, Gelegenheiten schaffen, damit Kultur besser mit anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Soziales, Tourismus, Regionalentwicklung zusammenarbeitet. Das sind die zentralen Aufgaben dieser Kulturmanager.





Ich würde gerne zum Abschluss eine Feststellung bestärken, die vorhin schon gemacht wurde. Es wird mehr über den ländlichen Raum geredet, es wird mehr über die Kultur im ländlichen Raum geredet und es wird anders darüber geredet. Es gibt seit 2019 verschiedene Leitlinienprozesse oder Dialogprozesse, wie sie heißen – in verschiedenen Bundesländern. In all diesen Dialogen in den Ländern sieht man, dass der ländliche Raum eine andere Bedeutung bekommen hat. Neben anderen Handlungsfeldern wie Digitalisierung oder Mobilität ist die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ländlichen Räumen ein eigenes Handlungsfeld geworden. Das war vor fünf, sechs Jahren noch anders. Was wir in diesen Dialogprozessen, aber auch in unserer Arbeit sehen, sind drei Tendenzen in der Kulturförderung.

Das eine ist die Tendenz, neben die klassischen Förderformen - Projektförderung und institutionelle Förderung - eine prozesshafte Förderung zu stellen. Das wurde vorhin ja schon mit dem Programm STARK angedeutet. Was heißt Prozessförderung? Es geht um die Förderung von Prozessen der Kulturentwicklung. Meiner Meinung nach dürfen sie nicht verwechselt werden mit Kulturkonzeptionen oder reinen Planungsvorhaben. Solche Planungsprozesse und Konzeptvorhaben zielen viel zu oft auf die Entwicklung einer Konzeption durch die Kulturakteure ab, die dann der Politik vorgelegt wird, damit diese entscheidet. Prozessförderung, wie wir sie begreifen, also prozesshafte Kulturentwicklung, hat nicht das Ziel mit einem Konzept zu enden, sondern einen Prozess anzustoßen, der an den Besonderheiten einer Region anknüpft.

Das Konzept ist nur ein Schritt in diesen Prozessen. Das Konzept dient als Orientierung für Erprobungen und wird laufend angepasst. Das heißt, man versucht nicht, die Breite aller Kulturakteure mitzunehmen, sondern guckt sich an, wo sind die Stärken einer Region, wo sind die starken Akteure, wo sind Themen, die wirklich interessant sind vor Ort? Diese Art der Förderung unterstützt den Aufbau dauerhafter Allianzen und Netzwerkarbeit. Sie ermöglicht Erprobung und Reflexion. Und sie bedient sich einer Prozessbegleitung, auch quasi eine Neuerung in einigen Förderprogrammen.

Zweite Tendenz ist, dass investive Maßnahmen und nichtinvestive Maßnahmen gekoppelt werden, um dort eine verbesserte Verschränkung hinzubekommen. Wir sehen in verschiedenen Programmen, dass solche Mittel wie LEADER (ein Maßnahmenprogramm der Europäischen Union, mit dem seit 1991 Vorhaben im ländlichen Raum gefördert werden, Anm. d. Verf.), Städtebauförderung zusammengekoppelt werden mit Kulturfördermaßnahmen. Ein Grund ist, dass Veränderungsprozesse bei Kulturorten immer auch bauliche Voraussetzungen nach sich ziehen. Gleichzeitig wird im Rahmen vieler Baumaßnahmen immer deutlicher, dass die Maßnahmen, die im Bau bewilligt werden, zum Teil recht kurze Zeiträume umfassen. Das heißt, die Planungsphasen sind relativ kurz, es fehlt oft die Zeit für umfangreiche Bürgerbeteiligungen. Dort kann es ein Vorteil sein, wenn man durch temporäre Erprobung, durch Zwischenutzung eine gute Basis schafft für die Nutzungsplanung.

Ein letzter Punkt: Kultur- und Regionalentwicklung wird stärker zusammengebracht. Beispielsweise existiert bei den Ministerien für Landwirtschaft oder ländliche Räume in mehreren Bundesländern ein höheres Interesse und die Bereitschaft, Strukturfördermittel auch für nichtinvestive Maßnahmen zu investieren. Z. B. gibt es diese Entwicklung bei LEADER. Wir haben hierzu ein Empfehlungspapier herausgege-

ben, in dem wir die Wege aufgezeichnet haben, was notwendig wäre in dem LEADER-Programm, um nichtinvestive Kulturförderung besser auf den Weg zu bringen. Hintergrund ist, dass Themen der regionalen Entwicklung und Themen der Kultur häufig viele Überschneidungen haben. Solche Themen sind heute auch schon genannt worden. Z. B. wie kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden? Wie können Begegnungsorte wiederhergestellt werden in ländlichen Räumen, die weggefallen sind? Wie können regionale Identitäten gestärkt werden?

Ich bin sehr gespannt, ob Sie diese Trends in den nächsten Jahren auch bei den Strukturmaßnahmen in den beiden Revieren beobachten können. Das ist eine tolle Chance. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.





Moderierte Gesprächsrunde mit Gordian Meyer-Plath, Michael Köppl, Samo Darian und Ulrich Menke (v.l.n.r.)

Moderierte Gesprächsrunde mit den Referenten

mit Ulrich Menke, Gordian Meyer-Plath, Michael Köppl und Samo Darian
Moderation: Dr. Andreas Bischof

Andreas Bischof:

Wir wollen uns jetzt die Zeit nehmen, in einer moderierten Gesprächsrunde nochmal auf Aspekte einzugehen, die einerseits sowieso schon in der Luft liegen. Also die sich ja schon in den Referaten und in der Zusammenschau der Referate ergeben haben. Als aber natürlich auch noch mal den Finger in die Wunde zu legen für die Aspekte, die jetzt aus der Perspektive von Akteurinnen und Akteuren, die an diese Gelder gerne kommen wollen, relevant sind. Und ich würde gerne mit Ihnen anfangen, Herr Menke. Wenn Sie was an den aktuellen Fördermechanismen aus den Töpfen, die wir heute vorgestellt haben, ändern könnten, gäbe es da etwas, wo Sie auf den ersten Blick sagen: „Das könnte man vielleicht offener oder geschlossener oder spezifischer oder flüssiger oder Ähnliches gestalten.“?

Ulriche Menke:

Also in der Förderpolitik ist das, was Sie fragen, gewissermaßen so die Mutter aller Fragen. Man hat manchmal doch das Gefühl, es geht nur noch wenig ohne Fördermittel und man guckt zunächst, wofür gibt es Fördermittel. Das ist alles verständlich und alles in Ordnung, aber ich glaube, auf Dauer auch keine gesellschaftlich wirklich erfreuliche Entwicklung. Es gibt auch schon Kommissionen, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, zuletzt die „Hasenflug-Kommission“ (Unabhängige Expertenkommission zur Evaluierung von Planungs- und Genehmungsverfahren im Freistaat Sachsen, Anm. d. Verf.), die auch ein umfangreiches Papier vorgelegt hat und sich mit der Frage der Klein- und Kleinst-Förderung beschäftigt hat. Indes, ich glaube, all diese Kommissionen, Arbeitsgruppen, Deputationen etc. haben letztlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn natürlich wird es, solange es Interessengruppen gibt, solange es Ministerien gibt, solange es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt, immer sektorale Förderpolitiken geben, die mit der Zahl der Förderprogramme auch immer schwerer zu beherrschen sind. Und wir sehen es ja schon, alleine zwischen den Ebenen EU, Bund, Land, Kommune welchen Abstimmungsbedarf es geben würde.

Wenn man einen Wunsch hätte und schauen könnte, was wäre vielleicht realistisch, dann wäre es aus meiner Sicht, dass wir im Grunde das, was wir aus der tradierten, inzwischen über fünfzig Jahre gewachsenen Städtebauförderung, aber auch im Bereich ESF- (Europäischer Sozialfonds, Anm. d. Verf.), EFRE- (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Anm. d. Verf.) Stadtentwicklung kennen, nämlich Förderpolitik nicht als Top-Down- sondern als Bottom-Up-Ansatz zu verstehen. Denn am Ende macht es die Gemeinde für ihre Bürger vor Ort und muss es aus einem Handlungskonzept herleiten können. Und aus diesem Handlungskonzept heraus wird dann die Förderpolitik gestaltet. Wir wissen alle, das eine oder andere geht auch mal am Bedarf vorbei. Aber die Entwicklung aus einem kommunalen Handlungskonzept, aus einer kommunalen Ordnungsvorstellung heraus vor Ort hätte eine integrierende und koordinierende Kraft aus sich heraus. Unbeschadet dessen bleiben natürlich auch Förderbereiche, die immer sektoral und spezifisch laufen werden. Denken wir an die großen Blöcke des Schienenverkehrs, des Straßenverkehrs und, und, und. Aber das sind sehr spezielle Förderbereiche, die ohnehin nicht Gegenstand unserer Fragestellung sind.



Dr. Andreas Bischof

Soziologe und Kulturwissenschaftler

Andreas Bischof beschäftigt sich als Kulturwissenschaftler und Soziologe mit Digitalisierung, Medienkommunikation, Sozialrobotik und partizipativen Designmethoden. Seit über zehn Jahren ist er auch praktisch in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig, vorwiegend im Bereich Kulturmanagement seines Labels analogsoul (2007-2018) oder als Sprecher und Berater zu Digitalisierungsthemen. Er ist derzeit an der Leuphana Universität Lüneburg, der Universität Leipzig und der TU Chemnitz tätig, von der er 2016 zum Dr. phil. promoviert wurde.





Andreas Bischof:

Ich würde gerne Ihren Hinweis auf die Sektoralität aufgreifen und Gordian Meyer-Plath fragen, da Sie ja dieses Förderprogramm und seine Vielschichtigkeit so gut dargestellt haben, nach der Rolle der Kultur darin. Welche Rolle hat die Kultur oder vielleicht noch spezifischer sogar die Industriekultur, aus Ihrer Sicht in diesem großen Maßnahmenpaket?

Gordian Meyer-Plath:

Ich fange mal mit der Industriekultur an, weil, es ist ja keine Überraschung, dass sie insbesondere eben ein eigenes Programm bekommen hat. Sie ist also nicht etwa nur ein Teil der Kulturförderung, sondern man hat ein eigenes Programm seitens des Bundes aufgelegt. Was uns natürlich in Sachsen besonders freut. Das zusätzliche Bundesprogramm soll in den Revieren seine Wirkung entfalten. Und insbesondere im Kulturplan Lausitz spielt dieses Thema nicht nur für Identität und Zusammenhalt und Bezug zu etwas Sichtbarem eine große Rolle, sondern auch gerade für das Thema Wertschöpfung, Kreativwirtschaft und so weiter. Man kann die Weitsicht des Bundes, hier ein extra Programm aufzulegen, also gar nicht hoch genug einschätzen.

Ansonsten muss man ein bisschen aufpassen, dass die Kultur nicht nur als Lippenbekenntnis über allem schwebt. Sondern im Gegenteil: Sie ist gar nicht wegzudenken aus dem ganzen Prozess. Und deswegen habe ich auch versucht in meinem Vortrag darzustellen, wie viele Türen man auch seitens des Gesetzgebers ganz bewusst offen gehalten hat, um solchen Vorhaben auch eine Realisierungschance zu geben. Und das drückt sich auch in dem Scoring aus, wo natürlich immer die Gefahr besteht, wenn ich es zu stark auf die konkrete Schaffung oder mittelbare Schaffung von Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen beschränke, dann wird es natürlich eng. Aber auch in diesem Scoring ist für die sogenannten weichen Faktoren genug Raum gelassen worden, dass eben auch dort Dinge realisiert werden können. Von Beginn des Prozesses an, war es mehr als ein Lippenbekenntnis und die Türen, die eingerannt werden mussten, waren häufig auch schon relativ weit offen. Da bin ich ganz froh.

Andreas Bischof:

Also der weiche Faktor hier auch als Chance statt als Katzentisch und das Bild von den offenen Türen möchte ich natürlich gleich aufnehmen. Und dahinter steht ja die Frage, wenn Sie sagen, der Gesetzgeber hat Türen offen gehalten, und da gucke ich in Richtung von Herrn Köppl, wer ist denn nun eigentlich – auch wenn Sie so an die hier Anwesenden denken, die Sie ja gut kennen – wer ist denn eigentlich förderfähig? Oder, wenn ich eine gute Projektidee habe, muss ich da jetzt gleich die Flinte ins Korn werfen, wenn ich nicht selber eine Kommune, sondern eine Initiative bin?

Michael Köppl:

Wenn eine Idee da ist, die einem Handlungsfeld zugeordnet werden kann, dann ist meine Empfehlung sowieso grundsätzlich zur Gemeinde zu gehen. Wir haben in Sachsen die integrierten Stadtentwicklungskonzepte mit den Fachkonzepten. Und wir haben ja nicht nur dieses Förderprogramm hier, sondern wir haben ja auch noch andere, vielleicht sogar ergänzend, die kumulativ zuständig sind. Und ich hätte besonderen Wert darauf gelegt dass eine Maßnahme, eine Idee, die gut ist, mit der Kommune abzustimmen ist. Denn wir haben ja nicht nur das Förderverfahren, sondern wir haben dann auch das Genehmigungsverfahren. Wir haben hinterher das Umsetzungsverfahren, wo ja dann häufig die Probleme



überhaupt mit der Nachhaltigkeit anfangen. Und deswegen ist die Zuständigkeit wer antragsberechtigt ist, hier in diesem Programm erst mal sekundär für die Umsetzung. Und das sollte meine Botschaft sein, die würde ich noch mal erneuern. Und wenn man nicht weiterkommt, wir haben viele Sanierungsträger auch in den Kommunen, dann bitte beraten lassen von der vorgesehenen Stelle. Aber bloß nicht mit der Einstellung: „Ich bin nicht antragsberechtigt.“ und dann ist Schluss. Wir wollen Ideen haben und wir wollen die sammeln.

Andreas Bischof:

Herr Darian, Sie hatten ganz explizit – ich würde schon sagen – Ungleichheitsdimensionen benannt, wenn es um Strukturwandel und Kulturförderung geht, gerade im ländlichen Raum. Vielleicht können Sie aus Ihrer Erfahrung noch mal beschreiben, wo Sie da die Aufgaben und Probleme sehen für diese vielleicht etwas „grauen Gremien“, die einerseits zur Beteiligung von Zivilgesellschaft dienen, andererseits auch eine Entscheidungsmacht haben. Wie erleben Sie das? Welche Rolle spielen diese Gremien für einen Prozess, der ja auch Bottom-up gedacht sein soll?

Samo Darian:

Erstmal möchte ich bestärken, was anfangs gesagt wurde. Der Ansatz von Bottom-up, der ja z. B. in LEADER schon seit Jahrzehnten erprobt wird, ist ein wirklich zukunftsweisender Aspekt. Hier in Sachsen haben wir auch eine sehr starke LEADER-Kultur. Das heißt, es gibt hier Strukturen der Bottom-Up-Beteiligung und Strukturen existierender Gremienarbeit, auf die man gut zurückgreifen kann.

Was wir auf die Kultur bezogen, in den ländlichen, peripheren Regionen sehen, ist, dass gerade solche Strukturen in vielen Regionen weggebrochen sind. Das heißt, Verwaltungen haben häufig wenig Überblick über die Akteurslage, über die Themenlage in ihrer Region. Es geht also darum, diese Strukturen wieder herzustellen. In unserem Förderprogramm TRAFÖ ist aus diesem Grund die Gremienbildung, die Allianzbildung, wie wir es nennen, eines von drei zentralen Handlungsfeldern. Das heißt die Regionen müssen eine Antwort darauf finden, wie man eine Öffentlichkeit für die Belange der Kultur, für die Themen und für die Akteure der Kultur wiederherstellt. Und da gibt es zwei Schienen, die in den Regionen, in denen wir arbeiten, erfolgreich sind.

Das ist einmal, Gremien einzurichten, wo Akteure aus der regionalen Politik, aus den kommunalen Verwaltungsspitzen, das heißt, Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterin und Bürgermeister vertreten sind. Plus Vertreterinnen aus der Kultur, die auch die Kapazitäten haben mitzuarbeiten. Vertreter der Landesministerien sitzen auch in diesen Lenkungen, die sich regelmäßig treffen. Das Ziel dieser Runden ist, gemeinsam Entscheidungen zu treffen und somit sukzessive alle Akteure auf einen Stand zu bringen und in die Verantwortung für die Kulturentwicklung zu nehmen. Und das ist ein Prozess. Das dauert.

Eine zweite Möglichkeit sind regionale Kulturkonferenzen. Das heißt, einmal oder zweimal im Jahr Gelegenheiten zu schaffen, für einen Austausch in der Region zu Fragen der Kulturentwicklung und der regionalen Entwicklung. Interessanterweise klappt es sehr gut, das Dreieck Verwaltung, Politik, Kultur in solche regionalen Kulturkonferenzen einzubinden. Die Wirtschaft ist irgendwie schwer in diesen Kontext hereinzuholen. Wichtig ist aber auch die Einbindung von zentralen Ak-





teuren aus anderen gesellschaftlichen Bereichen, die sich im weiteren Sinne mit Fragen beschäftigen, wie sich die Region gut entwickeln kann: natürlich den klassischen Regionalentwicklern, oder Vertretern von Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, dem Sozialbereich.

Gordian Meyer-Plath:

Darf ich da ganz kurz was ergänzen, weil ich das gerade auch sehr aktuell erlebe im Rahmen des Kulturplanprozesses in der Lausitz. Ebenfalls natürlich ein Bottom-Up-Prozess. Wir haben dort in der Lausitz auch die verschiedensten Kulturakteure, die in dem Rahmen zusammengekommen sind, um zugespitzt festzustellen, dass es sich gegenseitig gibt.

Andreas Bischof:

Wenn ich mir an dieser Stelle selber einen Kommentar erlauben darf: Das ist natürlich auch eine dysfunktionale Nebenfolge von viel Förderung und der Unterschied zur Grundfinanzierung. Dadurch, dass die Leute jetzt immer sehr darauf aus sind ihre eigenen Projekte zu formen und sich zu bewerben und durchzuführen, gehen vielleicht auch Zeit und Kapazität für genau diese Arbeit verloren. Deswegen finde ich das sehr schön, wie Sie jetzt mehrfach gezeigt und gesagt haben, wie das eigentlich wieder rein muss in die Prozesse.

Ich würde gerne an der Stelle das Gespräch öffnen. Also auch gerne noch mal die Gelegenheit geben, diese Fragen von Zuständigkeit, von Förderfähigkeit, von Wünschen, von Widersprüchen ans Podium zu stellen.

Gesine Sommer*:

Ich würde das noch mal aufgreifen wollen, was Herr Köppl gesagt hat. Was Sie jetzt noch mal erläuternd dazu erwähnt haben, ist ja korrekt. Also man sollte keinen Ansatz im Keim abwürgen. Mein Ansatz ist nur, dass, ich sage mal, die Begehrlichkeiten für diesen Strukturfonds, der in aller Munde ist, und der sozusagen durch alle Medien mit unterschiedlichsten Informationen getragen wird, sehr hoch sind. Und dass man trotzdem am Ende bei der Realität bleiben muss. Ja, wer eine Idee hat, der sollte zur Kommune gehen, um dann mit der Kommune gemeinsam einen Antrag zu formulieren. Das Zweite, was man vielleicht auch noch mal sagen muss: Der Begriff Strukturwandel ist so ein Modebegriff geworden. Also irgendwo begründet mittlerweile jeder seine Vorhaben mit dem Thema Strukturwandel, egal, was dahintersteht. Und wenn ich jetzt mal den Landkreis Leipzig sehe, dann haben die Kommunen, die unmittelbar am Tagebau sind und unmittelbar mit den Folgen ab 2038 zu tun haben, weil dann dort die großen Betriebe und die Arbeitsplätze wegbrechen, ganz andere Begehrlichkeiten und einen ganz anderen Hintergrund, was Strukturmittel und Wandel anbetrifft als andere. Da gibt es schon Neidfaktoren. Also wieso gibt es Mittel aus Strukturfonds für Kommunen, die nie mit dem Tagebau zu tun hatten? Das ist auch eine Frage, die sich die regionale Ebene stellen muss, und die auch dort behandelt werden sollte. Und antragsberechtigt sind alle. Warum hat die Stadt Leipzig überhaupt einen Anspruch aus Strukturmitteln Gelder zu bekommen? Leipzig hat mit dem Strukturwandel und mit dem Braunkohlentagebau also auch nicht viel zu tun.

*Gesine Sommer (mit Mikrofon), Leiterin der Stabsstelle des Landrates Wirtschaftsförderung/Kreisentwicklung, Landkreis Leipzig



Aber wie gesagt, der Ansatz ist wirklich sich kommunal zu verständigen mit den Bürgermeisterern und sich noch mal den ersten Satz, der im Gesetz steht, anzuschauen und nachzulesen, für was die Gelder einzusetzen sind. Das sind wirklich zwei Dinge: Schaffung von Arbeitsplätzen und die

Bewältigung der Folgen des Strukturwandels. Und die zwei Sachen muss man immer mitdenken. Es stand ja auch ganz aktuell in der Zeitung, welche Maßnahmen gefördert worden sind. Und man fragt sich schon bei dem einen oder anderen, was hat das jetzt mit dem Strukturwandel zu tun. Man muss dann hinter die Kulisse gucken und vielleicht auch die Projekte näher betrachten. Ansonsten bin ich total offen und wer mich kennt, weiß, dass wir für eine gute Idee immer irgendwelche Wege finden, wo wir Gelder herbekommen. Und ich unterstütze das alles.

Und es ist wirklich richtig, dieses Bottom-Up-Prinzip zu nehmen. Denn man denkt gar nicht, wie viel und wie vielseitig sich die Kommunen überhaupt schon beschäftigt haben und wie viele Konzepte und Ideen die haben, die passen. Also man muss nicht denken, die fangen von Null an.

Michael Kühn*:

Ich heiße Michael Kühn und wir sind im WAL- Projekt mit dem Kulturbahnhof in Bad Düben. Ich möchte einfach mal noch einen Widerspruch in den Raum werfen. Bei dem Kulturbahnhof sind wir noch nicht so weit, dass wir überhaupt einen Antrag stellen können, geschweige denn ein Konzept haben. Da arbeiten wir noch dran. Aber wir sanieren noch einen kleinen Dorfbahnhof in Söllichau. Das ist fünf Kilometer weiter in Sachsen-Anhalt. Mit LEADER-Programm, ziemlich kompliziert. Wir haben auch den Fördermittelbescheid und sanieren da unter sehr schwierigen Bedingungen. Ich hoffe, wir kriegen alles hin mit LEADER und das alles klappt und wir zum Schluss alles ordentlich abrechnen können und das Geld dann auch bekommen und uns nicht damit ruinieren. Aber wenn halbwegs die Voraussagen in Kraft treten, was Klimawandel, Strukturwandel und so weiter betrifft, dann war Corona lächerlich und 2015 diese Flüchtlingsgeschichte war auch kein Thema. Das wird viel schwieriger und komplizierter werden. Und ich möchte einfach diesen Widerspruch in den Raum werfen, man merkte das ja auch schon in den Vorträgen. Investitionsförderung – und wie kann ich dann weiter ein Objekt betreiben? Nebenkosten, Strom, Wasser und so weiter? Und auch, dass die Kommunen teilweise überhaupt nicht mehr handlungsfähig sind. Also wenn ich von Sachsen nach Sachsen-Anhalt komme, dann habe ich einen Leerstand und einen wirtschaftlichen Niedergang, das kann man sich gar nicht vorstellen. Und das müsste ja dann irgendwann mal in der Staatsregierung ankommen, dass es da große Probleme gibt.

Michael Köppl:

Ja, vielleicht von mir der direkte Anknüpfer an das WAL-Projekt: Wie ist der Kontakt zur Kommune? Ich habe bei Euch (Kulturbahnhof Bad Düben – Anm. d. Verf.) den Eindruck, dass, ich sage mal vorsichtig, dass die Abstimmung mit der Kommune dünn ist. Man muss wirklich berücksichtigen, dass die Ideen, die vor Ort geboren werden, nicht per se Förderung bekommen können, sondern sie müssen gebündelt werden. Und die Kommunen machen Konzepte, die Stadtentwicklungskonzepte. Und wenn jemand eine gute Idee hat und die passt ins Stadtentwicklungskonzept, dann ist grundsätzlich auch eine Förderwürdigkeit da. Wenn die Idee gut ist und im Stadtentwicklungskonzept ist was nicht verankert, nicht zuordenbar, dann sind die Gemeinden aufgefordert. Dann muss das Stadtentwicklungskonzept fortgeschrieben werden, auch durch aktuelle Entwicklungen. Durch solche Bürgerbeteiligungen, Bürgerdiskussionen, die dadurch automatisch entstehen, kommen natürlich wieder neue Fortschreibungserfordernisse. Aber zusammengeführt werden muss das durch die Kommune, sonst haben wir zum Schluss das Problem,



*Michael Kühn (mit Mikrofon), GF Gartenbaubetrieb Michael Kühn und Eigentümer des Bahnhofs in Bad Düben



da ist toll was investiv gelaufen, was während der Fördermittelzeit gut funktioniert hat. Und sobald die Förderung aufhört, bricht alles zusammen und irgendwann wird die Tür abgeschlossen. In EFRE ist das ein Rückforderungsgrund der Kommission, wenn so was passiert.

Der zweite Punkt ist, es ist eine fatale Entwicklung, was wir hier haben. Wenn für Grundpflichten der Kommunen, wie zum Beispiel, ich nehme mal die Schule, wenn da die Finanzausstattung nicht stimmt, sondern eine Kommune, wenn sie eine Grundschule sanieren will, nach Fördermitteln rennen muss, dann ist das eigentlich ein Unding. Das kann nicht gehen, dass wir für jeden Krempel-Kram, sage ich jetzt mal so, Förderprogramme haben. Auch die Vielzahl, auch wenn wir da vielleicht unterschiedlicher Meinung sind, die Vielzahl im Kulturbereich ist ein Problem, weil, das läuft eher auf Steuerung von oben hinaus. Häufig ist man froh, wenn man überhaupt für einen Aufgabenbereich Geld bekommt. Aber die Entwicklung in der Breite ist unglaublich. Weil, das Ringen um Fördermittel auch nach Richtlinien, ist Kräfte zehrend und Zeit nehmend. Da müsste eigentlich über kurz oder lang was passieren. Ich sehe das zurzeit ganz massiv im energetischen Bereich. Selbst Institutionen wie die Stadtwerke, die ja nicht wenig Personal haben, blicken einfach gar nicht mehr durch und fragen überall nach: „Wie kommen wir hier zu einer optimalen Förderung?“ Weil, ansonsten würde man das über den Strom-, Gas- oder Wärmepreis umlegen. Und dann würde es beim Bürger landen. Das will man ja politisch nicht. Das ist eine Fehlentwicklung. Aber wir haben, glaube ich, aktuell keine andere Chance, als damit umzugehen.

Ulrich Menke:

Im Grunde schließt das, was gerade gesagt wurde, ja an das an, was ich eingangs gesagt hatte. Wir haben bestimmte Rahmenbedingungen und wir werden natürlich auch die Fördersystematik nicht über Nacht umstellen. Ich selber hätte gewisse Wünsche, die habe ich artikuliert. Auf der anderen Seite muss auch klar sein, das Geld wird dadurch ja in der Summe nicht mehr. Das ist dann letztlich nur eine andere Form der Verteilung. Ich kann mich entschließen, auf bestimmte Fördersektoren zu verzichten und das Geld zum Beispiel in die freie Finanzausstattung zu geben. Aber die Summe der verfügbaren Mittel, die letztlich ja auch unsere Volkswirtschaft erwirtschaften muss, um sie, in welcher Ebene auch immer, zur Verfügung zu stellen, wird dadurch nicht mehr. Kein Modell ist entweder oder. Und es gibt sicherlich immer eine Pendelbewegung in die eine oder die andere Richtung. Ich würde mir wünschen, es geht wieder mehr in Richtung einer Grundausrüstung. Aber wir müssen nun mal mit den bestehenden Rahmenbedingungen agieren.

Andreas Bischof:

Ich würde gern noch eine Wortmeldung annehmen und dann die Fragen, die wir anvisiert hatten, also gerade auch praktische Fragen, mit in die Arbeitsgruppe gleich im Anschluss hineinnehmen.

Roman Grabolle*:

Wir, vom Dienstleistungskombinat MIR, wenige hundert Meter von hier, machen unter anderem das Citymanagement in Wurzen. Ein bisschen unglücklich ist, dass Herr Köppl die Frage, die ich eigentlich stellen wollte, bereits ausführlich beantwortet hat und trotzdem würde ich sie gern noch einmal stellen wollen, weil uns das an verschiedener Stelle immer wieder begegnet. Und da Sie auch zu Recht darauf hingewiesen haben, es muss sozusagen zu den Stadtentwicklungskonzepten passen

*Roman Grabolle (mit Mikro), Mitarbeiter im Projektteam Dienstleistungskombinat MIR – Menschen, Ideen, Räume



und irgendwie muss was gefunden werden, wo das andockt. Wir haben jetzt bei verschiedenen Kommunen die Problematik, dass diese Stadtentwicklungskonzepte nicht mehr die allerfrischesten – teilweise zehn, zwölf Jahre alt – sind. Wir kennen Städte, wo das sozusagen überhaupt noch nicht im Fokus ist, wo weder die Verwaltung noch der Stadtrat die Lust und die Zeit dafür, und vor allen Dingen nicht die Mittel dafür, aufbringen wollen. Und gleichzeitig haben wir eine Vielzahl von neuen Aufgaben durch Überschwapp-Effekte, durch ganz andere Entwicklungen in der Demographie, als sie in diesen alten Stadtentwicklungskonzepten noch zugrunde gelegt worden sind – klimatischer Umbau und so weiter. Sie haben gesagt, dann müssen die fortschreiben. Also, ich würde mir wünschen, das würde so funktionieren. Aber wie gehen wir mit solchen Problemen um, wenn zum Beispiel ein Stadtentwicklungskonzept einer Idee widerspricht oder es nicht anzudocken ist, aber im Zweifelsfall auch mal ein Bürgermeister, eine Bürgermeisterin oder eine Mehrheit im Stadtrat sich Ideen völlig verweigert? Vielleicht auch aus einer politischen Grundhaltung heraus. Was empfehlen Sie dann den Akteuren, wenn sie gegen andere starke Akteure in der Stadt stehen? Oder in dem Dorf, in der Gemeinde?

Ulrich Menke:

Das ist eine interessante Frage, die mich sofort aufmerksam gemacht hat, da ich ja viele Jahre Kommunalaufsicht gemacht habe. Es ist klar, es gibt bestimmte Förderrichtlinien, da verlangen wir ein mehr oder weniger aktuelles Stadtentwicklungskonzept. Und es ist ja auch so: wenn ein Konzept im Grunde erst mal vorliegt, dann soll es ja auch nicht immer wieder grundständig neu entworfen werden, sondern es geht „nur“ darum, aktuelle Entwicklungen fortzuschreiben. Und das ist letztlich ja auch im kommunalen Interesse, zumal wenn der Fördervollzug das verlangt. Wenn ich mir auch da wieder etwas wünschen könnte, wäre es, dass wir in die Richtung gehen, die unterschiedlichen Anforderungen an solche Konzepte in den Förderrichtlinien, gewissermaßen zu modularisieren. Das man z. B. auf ein Stadtentwicklungskonzept zurückgreifen kann, wo man am Ende eine bestimmte Schublade herauszieht und die Inhalte gegebenenfalls unter dem Aspekt des Schulausbaus, der Umgebungsstraße, des Naturschutzgebietes an der einen oder anderen Stelle schärft, um den Aufwand in Grenzen zu halten. Das wäre dann mal eine Aufgabe, wo ich mich auch persönlich gerne in der Pflicht sehe.

Davon zu unterscheiden ist natürlich die Frage, wie man damit umgeht, wenn man auf politische Widerstände im Stadtrat stößt. Und da muss ich nun mal sagen: das ist dann kommunalpolitische Willensbildung. An der Stelle findet die Empfehlung gerade eines Vertreters eines Ministeriums seine natürliche Grenze. Da ist nun mal unser Kommunalrecht darauf angelegt, denn kommunale Selbstverwaltung bedeutet eben auch das Recht, salopp gesagt, aus Sicht eines Dritten „Dummheiten zu machen“ – was man vor Ort ebenso zu Recht ganz anders sehen kann. Und die Kommunalaufsicht, das ist ja letztlich das einzige Instrument, das der Staat hat, ist eine Rechtsaufsicht. Sie soll die Gemeinde beraten. Aber letztlich hat sie nur die Möglichkeit oder soll auch nur eingreifen, wenn wirklich auch Rechtsverstöße vorliegen. Denn sonst würde unser Modell kippen, hin zum paternalistischen Staat, der die Gemeinden wie kleine Kinder behandelt. In Frankreich hieß die Kommunalaufsicht über Jahre La Tutelle. Das ist die Vormundschaft. Und da spricht ein Verständnis des Staates gegenüber seinen Kommunen heraus, das eben nicht das unsere





ist. Und da sage ich ganz klar, da halte ich mich raus. Das müssen und sollen die Akteure dann unter sich ausmachen.

Michael Köppl:

Ich habe ein paar Anmerkungen. Also eine Fortschreibung eines Stadtentwicklungskonzeptes heißt ja nicht, dass alles weggeschmissen wird und neu gemacht wird. Sondern Fortschreibung heißt für mich, behutsam neue Ideen einfügen. Das kann man als Verwaltung sogar selber machen, wenn es nicht zu viel wird. Ein Problem sehe ich hier, dass viele, die solche Konzepte anbieten am Markt dann sagen: „Die Fortschreibung kostet 25.000, 30.000, 40.000 Euro.“ Wo ich früher schon, und heute erst recht, sage: „Das kann doch nicht wahr sein – wei neue Ideen!“ Ich brauche das Konzept nicht von vorne bis hinten neu. Ich kenne bis jetzt keine Vorschrift aus der ministeriellen Seite, die sagt, es muss ein Dritter machen. Es gibt diese Anforderungen so nicht. Sondern es gibt, ich formuliere es jetzt mal so, den gesunden Menschenverstand. Ich habe zwei neue Ideen, die sind klasse, die sind bisher nicht da drin. Das füge ich da ein und dann wird im Konzept an verschiedenen Stellen ein bisschen was geändert. Und da brauche ich doch nicht ein riesiges Brimborium draus zu machen. Aber natürlich muss dann in der Stadtgesellschaft, erst recht im Stadtrat, ein Konsens da sein über die Maßnahmen, über Ziele, Handlungsempfehlungen, was man machen will, dass in diesem Bereich an diesem Thema gearbeitet wird. Und da wird niemand die Stadt in irgendeiner Form, wie soll ich sagen, kujonieren. Das wäre genau entgegen dem, was wir bis jetzt die ganze Zeit sagen. Sondern, das muss die Stadtgesellschaft wollen. Bis zu dem Thema, das gefällt mir auch immer schon sehr gut: Man kann auch Fehler machen als kommunale Seite. Und dass die Stadtentwicklungskonzepte eine Pflichtaufgabe werden, haben wir vielfach diskutiert mit Bund und anderen Ländern zusammen, und wir haben davon abgesehen. Also, die Überzeugung vor Ort muss geleistet werden. Und deswegen sage ich es noch mal. Und insofern freue ich mich eigentlich hier bei der Kohleausstiegsthematik über die Bandbreite, die da über die Region gegeben wird. Es ist eine regionale Anpassungsstrategie, keine kommunale Anpassungsstrategie. Dass hier so ein breiter Ansatz, gerade auch für diese Organisation der Gesellschaft, möglich ist, das sollte man nutzen.





Arbeitsgruppe KOHLE

im Projekttraum D01 der Künstlerin Nina Behnisch

*mit Jana Reichenbach-Behnisch, Samo Darian, Gesine Sommer,
Kay Schmölter, Michael Köppl und Uwe Weigelt
Moderation: Dr. Andreas Bischof*

Zusammenfassung der Diskussion:

Zu Beginn der Diskussion in der Arbeitsgruppe Kohle wurde noch einmal der Ansatz „Bottom Up“ genauer betrachtet und was dieser Ansatz für den Antrags- und den Anbahnungsprozess mit den Behörden bedeutet. Dazu wurde die Empfehlung ausgesprochen, dass ein Projektvorhaben unbedingt darauf achten sollte auch in der Stadtgesellschaft einen Konsens zu erhalten, weil ansonsten eine Umsetzung umso schwerer wird. Und auch über den notwendigen Konsens zwischen Land und Stadt wurde diskutiert. Und dass es dafür Vermittler „Außenminister der Stadt für den ländlichen Raum“ braucht. Inzwischen hat bereits vielerorts ein Umdenken stattgefunden und es gibt gute Beispiele für Partnerschaften und Kooperationen zwischen Stadt und Land z. B. aus Dresden und Leipzig und ihren umliegenden Gemeinden u. a. bei den Themen Ausgleichsmanagement, Wertstoffketten etc. ... hier war man sich einig, dass so etwas auch gelebt werden muss!

Vertiefend diskutiert wurde dann nochmal die Frage, wer wann und wo Fördermittel braucht und Fördermittel bekommen sollte. Und ob es ein tragfähiges Konzept sein kann, dass die Region, die Stadt, die Kommune ein Budget erhält, welches sie selber verwaltet.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, dass von den Kommunen und von den Fördermittelstrukturen das Prinzip des Bottom-Ups auch akzeptiert wird.

Abschließend wurde in dieser Runde über die Förderwürdigkeit von Prozessen diskutiert. Z B. Stellt sich diese Frage bei Bürgerbeteiligung, die häufig ihre Zeit braucht und dieser Prozess nur schwer an starre Zeiträume von Fördermittelprogrammen anzupassen ist.



Arbeitsgruppe KREATIVES (AUS)BAUEN im Künstleratelier von Elisabeth Howey

mit Esther Gerstenberg, Roman Grabolle, Kathleen Kunz, Michael Kühn, Torsten Reinsch, Alireza Rismanchian, Janis Vetter und den Fachgutachtern, Moderation: Lena Dreesmann

Zusammenfassung der Diskussion:

Zu Beginn der Gesprächsrunde stellte Alireza Rismanchian als einer von vier Eigentümern des „Bahnhofs Leisnig“ den aktuellen Stand im Projekt vor und welche Aufgaben noch bearbeitet werden müssen so z. B. baufachliche Themen wie Brandschutz und energetische Sanierung aber auch rechtliche Aspekte. An diese Ausführungen schlossen sich die Akteure aus Bad Dübener an, um den Fortschritt aber auch die aktuelle Problemlage in ihrem Projekt „Kulturbahnhof Bad Dübener“ zu erläutern. Neben dem Dauerthema „Finanzierung“ und der Suche nach geeigneten Fördertöpfen, ist für die Bad Dübener vor allem die Entscheidung für oder wider eine(r) Entwidmung eine dringend zu klärende Frage. Hierzu konnte Alireza Rismanchian berichten, dass sich die Akteure in Leisnig gegen eine Entwidmung entschieden haben, aber in Abstimmung mit dem Eisenbahn-Bundesamt einen Umnutzungsantrag bei der Bauaufsicht der Gemeinde stellen konnten, welcher auch bereits genehmigt wurde.

Als wichtiger Hinweis von den Fachgutachtern wurde unbedingt empfohlen, die Kommunen zu informieren und zu involvieren. Allgemein berichteten die Akteure von der Schwierigkeit zwischen den unterschiedlichen Interessen von Kommune, Landkreis und Ländern zu agieren.

Zum Abschluss wurde aufgrund der aktuellen Aufgabenstellung im Projekt „Altes Lehngericht“ in Augustusburg darüber diskutiert, unter welchen Bedingungen sich der Aufwand für die Wiederinbetriebnahme alter Heizungssysteme lohnt und welche Aspekte z. B. in ökologischer Hinsicht, der bereits erfolgte CO₂-Verbrauch bei der Herstellung und damit Einsparung bei Recycling der Heizung, hier mit einberechnet werden sollte.





Grußworte zur Vernissage
Markus Franke

Liebe Frau Reichenbach-Behnisch, liebe Frau Staffa, liebe Vernissage-Gäste,

ich freue mich sehr, hier zu sein – vielen Dank für die Einladung! Und vielen Dank vor allen Dingen, dass Sie durchgehalten haben. Dass Sie beim dritten Mal immer noch gesagt haben, wir machen das jetzt. Wir sagen das jetzt nicht ab, sondern Sie haben wieder einen Raum geschaffen, wo man sich begegnen kann, wo Kommunikation stattfinden kann. Ich darf Sie von der Kulturministerin herzlich grüßen. Barbara Klepsch hat gern die Schirmherrschaft hier übernommen, ist aber leider verhindert, deswegen müssen Sie heute mit mir vorlieb nehmen. Für mich ist es eine große Freude. Ich habe acht Jahre in dieser Stadt gelebt und ich hätte nichts dagegen, wenn der Regierungssitz in Leipzig wäre. Aber ich glaube, die Leipziger wollen das gar nicht. Aber ich bin jedes Mal wieder sehr gerne hier und habe auch noch mehr als einen Koffer in dieser Stadt. Nach einem intensiven Fachworkshop und kurz vor einer Ausstellung stehe nun ich noch zwischen Ihnen und Kunst. Deswegen halte ich mich auch wirklich kurz. Zunächst möchte ich aber Ihnen, Frau Reichenbach-Behnisch und Frau Staffa und Frau Pietsch in Abwesenheit gratulieren. Denn seit 2015 haben Sie hier etwas etabliert, was sich offensichtlich zu etwas Relevantem entwickelt hat. Zu etwas, was Mehrwert schafft und was wichtig ist, um einen bedeutenden Sektor sowohl für die Kunst als auch die Wirtschaft voranzubringen. Ich habe den Eindruck, dass Sie in Ihrer Programmgestaltung Gegensätze zusammenbringen und Spannungsfelder öffnen, um in einen konstruktiven Diskurs zu kommen. Da ist schon mal der erste zwischen Kunst und der Kultur- und Kreativwirtschaft. Letztere ist bei uns im Wirtschaftsministerium verortet. Weil es um Marktchancen, Skalierungseffekte, Wertschöpfung geht. Meine Abteilung heißt Kunst-Abteilung, die von anderen Zielen geprägt ist. Als das Ministerium von Wissenschaft und Kunst umbenannt wurde in Wissenschaft, Kultur und Tourismus, hörte ich die Beschwerde, die Kunst würde verloren gehen. Kultur gilt allgemein als Container-Begriff. Alles, was irgendwo nicht so richtig zu verorten ist, kommt dann bei der Kultur an. Kunst dagegen ist klarer umrissen, in Sparten einzuteilen und einem hehren Ideal verpflichtet. Als ich während meiner Zeit hier in Leipzig an der Hochschule für Grafik und Buchkunst einen Studentenjob hatte, versuchten wir damals, ein Seminar für Selbstständigkeit anzubieten – und stießen auf breite Ablehnung bei den Studierenden, sich diesen wirtschaftlichen Fragen überhaupt zu widmen. Und doch ist gerade die agile Kultur- und Kreativwirtschaft ein ganz wichtiger Impulsgeber für die Kunst im Allgemeinen und insbesondere für ihre institutionellen, tradierten, manchmal schwerfälligen Einrichtungen. Insofern können wir diesem Wirtschafts- und Gesellschaftsbereich nur allen Erfolg wünschen und ein produktives Spannungsverhältnis zwischen Kreativwirtschaft und den Künsten. Ein zweites Spannungsfeld, das Sie aufmachen, ist das zwischen Stadt und Land. Es bleibt ein weites Feld, das es zu gestalten gilt. Denn die Antworten, die wir auf die Frage geben, wie wir Stadt und Land gleichwertig als attraktive Lebens- und Kreativräume, Kunst- und Wirtschaftsorte gestalten, wird auch eine Antwort darauf sein, wie resilient und zukunftsfröh, innovativ und erfolgreich wir als Freistaat Sachsen sein werden. Und ein drittes Spannungsfeld, das im Fokus des heutigen Tages stand, ist das zwischen Vergangenheit und Zukunft von



Markus Franke

Markus Franke, geboren 1978 in Görlitz, nach Realschulabschluss, Ausbildung und Tätigkeit bei der Dresdner Bank AG sowie der Erlangung des Abiturs auf dem Abendgymnasium Leipzig schloss sich ein Studium der Politikwissenschaft, Kunstgeschichte und Kommunikations- und Medienwissenschaften in Leipzig und Zürich an, das mit dem Magister Atrium beendet wurde. In Amsterdam schloss er zusätzlich einen Master in European Studies ab. Seit 2006 in der Landesverwaltung des Freistaats Sachsen, neben andern Aufgaben als Persönlicher Referent von Ministerpräsident Georg Milbradt, Büroleiter von Ministerpräsident Stanislaw Tillich sowie Leiter von Büro und Leitungsstab bei Michael Kretschmer. Zwischen 2011 und 2013 war er in Berlin, darunter im Planungsstab des Bundeskanzleramts und in der Strategieabteilung der CDU Deutschlands. Seit April 2020 leitet er die Abteilung Kunst im Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus.



Kohlerevieren. Was kommt, wenn die Kohle gegangen ist? Was machen wir mit der finanziellen Kohle, um die richtigen Zukunftsinvestitionen zu stemmen? Auch hier kann die Kultur- und Kreativwirtschaft ein ganz wichtiger Impulsgeber sein, können die Künste so genannte weiche Standortfaktoren liefern. Sie werden es sein, die vielerorts den Nährboden für Neues düngen werden. Weil sie in vielen Bereichen schneller und flexibler agieren können, weil sie im Kleinen etwas beginnen können, was dann wachsen kann. Es werden nicht die Großansiedlungen sein, die als erstes kommen. Sondern es werden Freiberufler, Start-ups, Künstlerinnen und Künstler, kleine Unternehmen sein, die die Chance auf etwas neues ergreifen können, was hier im Leipziger Land und in der Lausitz entsteht. Wichtig dabei ist nur, es muss in den Revierregionen auf dem Land entstehen. Die Menschen müssen dort leben und arbeiten, damit die Regionen lebendig bleiben, und das trotz aller neuen Arbeitswelten und den guten Chancen, die Homeoffice und anderes bieten. Das hiesige Revier hat den großen Vorteil, die Metropole Leipzig als Leuchtturm zu haben. Und deshalb ist es gut, dass hier im Tapetenwerk heute darüber gesprochen wurde. Und ich würde mich freuen, wenn daraus wieder etwas mit Mehrwert und nachhaltiger Wirkung entsteht. Denn dieser erneute Transformationsprozess wird nur gelingen, wenn wir alle mitmachen. Und wenn wir gemeinsam die Chance sehen und anpacken. An so einem Abend ist mir nicht bange, dass uns das gelingen wird. Noch einmal Danke für Ihr Engagement, für Ihr Hiersein, die Aufmerksamkeit und jetzt: Kunst – und einen schönen Abend!





Dr. Andreas Bischof, Moderator



Jana Reichenbach-Behnisch, Initiatorin (r.)



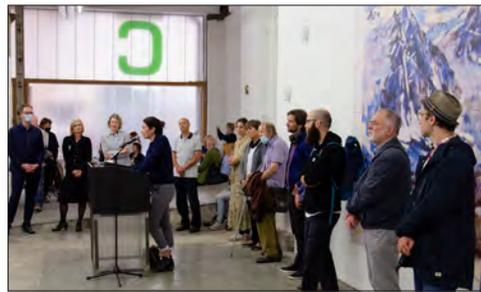
Peggy Staffa, Initiatorin



Markus Franke, Grußworte der Schirmherrin



Hjördis Baacke, Kuratorin



PARADIGMA Blickwechsel 6.0 (v.l.n.r.): Peggy Staffa, Jana Reichenbach-Behnisch, Sarah Diekmann, Christine Ebersbach, Hans-Peter Hund, Alexander Lorenz, Jürgen Matschie, Thomas Kläber, Hjördis Baacke, Hans-Ulrich Kopsch, Hartmut Kiewert (auf dem Foto fehlen: Jürgen Pietsch, Fabian Reimann und Nadin Maria Rüfenacht, die ebenfalls an der Ausstellung beteiligt waren)





Jochen Plogsties, Kunstpreisträger PARADIGMA Blickwechsel 2019 malt live vor Ort



Foto: Jürgen Matschie

Auszug Übersicht und Kurzvorstellung aktueller Stand aller teilnehmenden WAL-Projekte

Nachfolgend dargestellt ist ein Auszug aus der Präsentation von Jana Reichenbach-Behnisch zum aktuellen Stand der Projekte im WAL-Begleitforschungsprojekt „Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum“. Im Ergebnis der Initiativeinsätze vor Ort und anhand der Analyse von Region und Umland konnten Potentiale und Alleinstellungsmerkmale für jedes Projekt und jeden Standort herausgearbeitet und definiert werden. Diese Potentialanalyse stellt die Grundlage für die von den Akteuren zu erstellenden regionalen Praxiskonzepte dar.

Geplantes Ziel war es, bis Ende dieses Jahres jedes Projekt insgesamt zweimal mit dem Fachgutachterteam besucht zu haben, um die Fortschritte und Entwicklungen nicht nur anhand der monatlichen Sachstandsberichte sondern auch vor Ort begutachten und diskutieren zu können. Da aufgrund der Entwicklungen in der Corona-Pandemie die Treffen in Glauchau, Thallwitz und Colditz abgesagt werden mussten, finden diese Initiativeinsätze im Februar 2022 statt.

Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/Chance für und mit der Kreativwirtschaft

WAL - Kreatives Wohnen und Arbeiten auf dem Land

Initiativeinsätze am 10.07.2020 und 04.08.2021 in BAD MUSKAU

NIEDERLÄNDISCHER HOF/ ALTE BRAUEREI

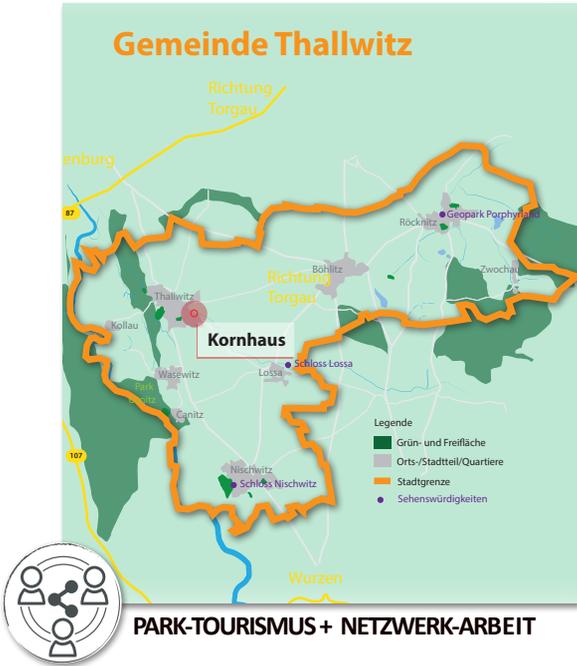


PARK-TOURISMUS + KURBETRIEB



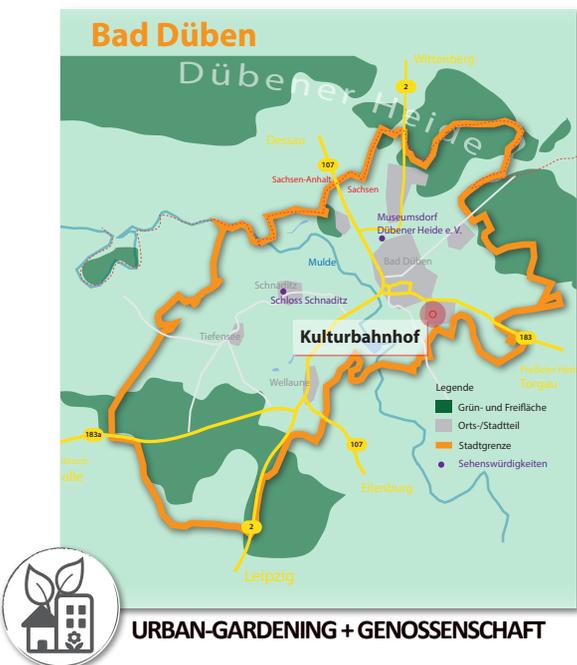
LEIIK Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH - www.leiik.de

Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/Chance für und mit der Kreativwirtschaft
WAL - Kreatives Wohnen und Arbeiten auf dem Land
 Initiativeinsatz am 05.08.2020 in THALLWITZ
KORNHAUS



LEIIK Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH - www.leiik.de

Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/Chance für und mit der Kreativwirtschaft
WAL - Kreatives Wohnen und Arbeiten auf dem Land
 Initiativeinsätze am 06.08.2020 und 20.08.2021 in BAD DÜBEN
KULTURBAHNHOF



LEIIK Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH - www.leiik.de

Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/Chance für und mit der Kreativwirtschaft

WAL - Kreatives Wohnen und Arbeiten auf dem Land

Initiativeinsätze am 19.08.2020 und 13.08.2021 in AUGUSTUSBURG

ALTES LEHNGERICHT



SCHLOSS-TOURISMUS + KÜNSTLER-RESIDENZEN



LEIIK Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH - www.leiik.de

Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/Chance für und mit der Kreativwirtschaft

WAL - Kreatives Wohnen und Arbeiten auf dem Land

Initiativeinsätze am 20.08.2020 und 22.07.2021 in SCHNEEBERG

MAKER-HAUS /HÄRTELHAUS



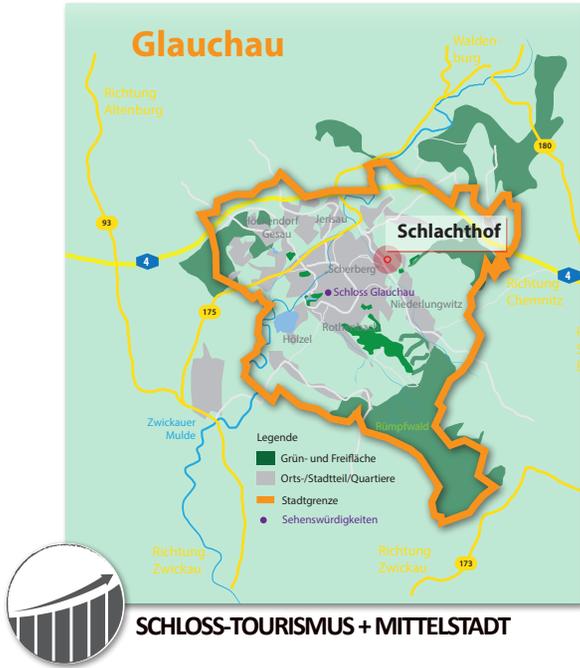
HOCHSCHULE + CO-WORKING



LEIIK Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH - www.leiik.de

Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/Chance für und mit der Kreativwirtschaft
WAL - Kreatives Wohnen und Arbeiten auf dem Land

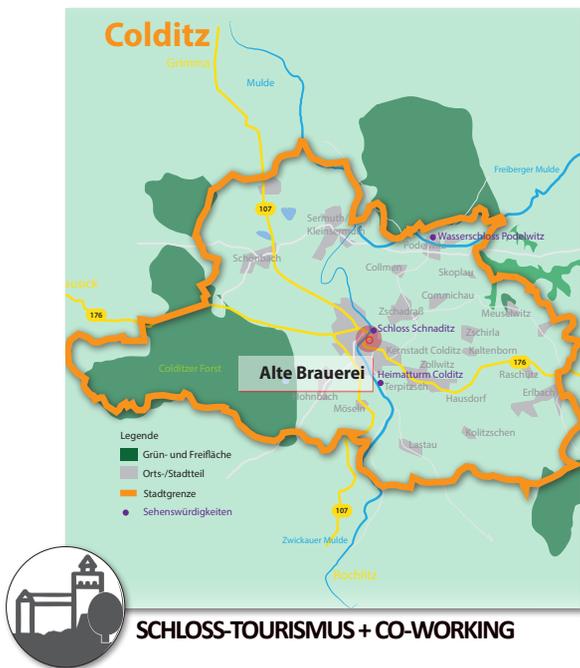
Initiativeinsatz am 02.10.2020 in GLAUCHAU
SCHLACHTHOF



LEIIK Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH - www.leiik.de

Demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/Chance für und mit der Kreativwirtschaft
WAL - Kreatives Wohnen und Arbeiten auf dem Land

Initiativeinsatz am 24.06.2021 in COLDITZ
ALTE BRAUEREI



LEIIK Leipziger Institut für Kommunikation gGmbH - www.leiik.de



Als öffentliche Plattform konnte in den vergangenen sechs Jahren der Fachworkshop im Projekt „Paradigma Blickwechsel“ neben einer thematischen Ausstellung und der jährlichen Auslobung eines Kunstpreises erfolgreich etabliert werden, um den aktuellen Diskurs zu Themen wie den Neuen Arbeitswelten, den Produkten kreativer Arbeit in einer Wissensgesellschaft und an historischen Produktionsstätten nicht nur in Sachsen praxisorientiert anzuregen und zu unterstützen. In jedem Jahr wird ein konkretes Diskussionsthema titelgebend zugeordnet: Das diesjährige Thema KOHLE zur finanziellen Unterstützung und Förderung aus Steuermitteln hat mit dem COVID-19-Lockdown eine neue Diskussionsebene erreicht, und das

nicht nur für KünstlerInnen und andere KreativwirtschaftlerInnen oder für die ländlichen Regionen, welche wirtschaftlich vom Kohleausstieg betroffen sind. Ausgewählte Denkansätze und Ergebnisse des Workshops werden mit der hier vorgelegten Publikation erstmals veröffentlicht und gehen vollständig in die weitere Projektarbeit ein:

Der Fachworkshop wurde in Kooperation mit dem aktuell laufenden Forschungsprojekt „Wohnen und Arbeiten auf dem Land“ im Auftrag der Stadt Bad Muskau und mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung durchgeführt.

www.kreative-produktionsstaedte.de
www.leiik.de